



Inhaltsverzeichnis

VERS-Seminar 2014 in Kühlungsborn	3
Dr. Anita Krätzner: Die Reaktionen an der Universität Rostock nach dem Mauerbau	3
Prof. Dr. Günther Wildenhain: Universität Rostock vor und nach der Wende	5
Christoph Kleemann: „Wo viele losgehen, entstehen Wege“	5
Dr. Fred Mrotzek: Lenin – „Er rührte an den Schlaf der Welt“ ?	7
Ekkehard Siegl: Das Schulwesen vor und nach der Wende - Versuch eines Vergleiches	8
Detlev Göllner: Von der NVA zur Bundeswehr	9
Dr. Rembrandt Scholz: Demographischer Wandel in Mecklenburg-Vorpommern vor und nach der Wende	11
Antje Pautzke: Uwe Johnson in Rostock	12
 Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock	16
Prof. Dr. Günther Wildenhain: Universität Rostock vor und nach der Wende	16
 Tagungen – Veranstaltungen – Ausstellungen	31
Veranstaltungen der BStU-Außenstelle Rostock	35
Aus der UOKG.	37
Aus der Universität Rostock	43
Nachrufe	49
Buchempfehlungen	53
Impressum	64

Liebe VERSler und Freunde des VERS.

die Mitgliederversammlung hat sich am 7. Oktober 2014 in Kühlungsborn Gedanken um die Zukunft des VERS gemacht. Aufgrund der Altersstruktur konnte keine Perspektive für einen Vorstandswechsel im kommenden Herbst gefunden werden. Bis zu dem Zeitpunkt hatte ich mich bereit erklärt, den Vorsitz noch einmal zu übernehmen. Die Absicht war, in der Zeit eventuell mit Hilfe der Universität Rostock eine externe Lösung zu finden. Eine Lösung, bei der eine erfahrene Persönlichkeit, die, wenn auch nicht mit den Gegebenheiten des VERS absolut vertraut, so doch eine Beziehung zu unserer Gemeinschaft hat, die Führung übernehmen würde. Leider waren all diese Bemühungen erfolglos. Vielleicht konnte das Vorhaben auch gar nicht gelingen.

Damit wird es wahrscheinlich im Oktober 2015 zur letzten VERS-Tagung kommen, und die Aktivitäten werden dann mit dem Erscheinen der VERS-Nachrichten 2016 eingestellt. Das ist zwar ein harter Schnitt, der für jeden von uns schmerzhaft ist, aber es wäre unzumutbar, den VERS ohne jede Aktivität als bloße Hülle weiter bestehen zu lassen. Das wäre vor denen, die vor fast 60 Jahren den VERS gegründet haben und vor denen, die ihn so lange mit Leben erfüllt haben, nicht zu verantworten. Deshalb ist die Entscheidung der letzten Hauptversammlung richtig. Darum wollen wir die verbleibende Zeit gemeinsam im Sinne der selbst gestellten Aufgaben nutzen.

Ich würde mich freuen, wenn wir im Herbst noch einmal zu einem großen VERS-Treffen in Kühlungsborn zusammenkommen würden.

Ihr Peter Moeller

Nächstes VERS-Seminar

5.-7. Oktober 2015 in Kühlungsborn im Hotel Polar-Stern

Themenschwerpunkte sind „25 Jahre Bundesland Mecklenburg-Vorpommern“ und „60 Jahre VERS-Arbeit für die politische Bildung“

VERS-Seminar 2014 in Kühlungsborn

Im Mittelpunkt der VERS-Aktivitäten im Jahr 2014 stand das dankenswerterweise durch die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern geförderte Seminar vom 7.-9. Oktober in Kühlungsborn mit dem Motto ***Rückbesinnung auf den politischen Umbruch in Mecklenburg-Vorpommern vor 25 Jahren***. Als Referenten konnten namhafte und seinerzeit maßgeblich an der Umgestaltung der Gesellschaft beteiligte Referenten gewonnen werden. In einer Abendveranstaltung wurde die Uwe Johnson-Gesellschaft vorgestellt.

Für die Überlassung der Kurzfassungen ihrer Vorträge bedanken wir uns sehr herzlich bei den Referenten. Der Vortrag von Prof. Dr. Günther Wildenhain betrifft ein fundamentales Anliegen des VERS, die Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, und ist deshalb mit freundlicher Genehmigung des Autors an anderer Stelle in diesem Heft vollständig wiedergegeben. - Der Vortrag von Christoph Kleemann liegt dem VERS in der vollständigen Fassung vor und kann bei Dietmar Kausch (Anschrift auf der letzten Seite) angefordert werden.

„Die Uni Rostock steht in der Republik am schlechtesten da!“

Die Reaktionen auf den Bau der Berliner Mauer an der Universität Rostock im Vergleich zu den anderen Universitäten der DDR

Dr. Anita Krätzner, BStU Berlin

Der Vortrag erklärte zunächst die staatlichen und parteilichen Vorgaben, die für die Universitäten der DDR nach dem Mauerbau galten. Die „Störfreimachung“, ein Programm, das zu Beginn des Jahres 1961 aufgesetzt worden war, sollte die Universitäten in Bezug auf Chemikalien, Medikamente, Apparaturen und Lehrbücher vom Westen unabhängig machen, eine Forderung, die nach dem Mauerbau intensiviert wurde. Die Studenten sollten ihre Zustimmung zum „Kampfauftrag der FDJ“ erklären, dessen Hauptforderung die Bereitschaft zum Eintritt in die NVA war. Er bereitete die Wehrpflicht vor, die im Januar 1962 eingeführt wurde. Zudem sollten alle Universitätsangehörigen in unterschiedlichster Form ihre Zustimmung zum Mauerbau erklären.

Die SED-Führung und das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen hatten in der Auseinandersetzung mit den Universitätsangehörigen zu größter Härte aufgerufen.

In Rostock gab es, wie in anderen Universitäten auch, Unmut gegenüber dem Mauerbau, den Vorgaben wie der Militarisierung und dem gekappten deutsch-deutschen Wissenschaftsaustausch. Dennoch übten hier nur wenige offenen Protest, sondern eher passive Verweigerung, indem ein beträchtlicher Teil der Personen Zustimmungserklärungen verweigerte. Doch viele Angehörige der Universität Rostock resignierten gegenüber den Drohgebärden der SED. Damit verhielten sie sich sehr ähnlich wie die meisten Mitglieder der anderen Universitäten der DDR. Vor allem Angehörige aus den Bereichen Medizin, Theologie und Physik konnten als eher renitent eingestuft werden.

Als Reaktion darauf gab es an der Universität Rostock eine Reihe von Parteiverfahren, aber im Vergleich zu Leipzig und Dresden nur relativ wenige Entlassungen und Exmatrikulationen. Die beiden sächsischen Hochschulen wurden in ihrem Repressionskurs maßgeblich von den Hardlinern in den dortigen Bezirksparteileitungen angeleitet. In Rostock wurde - wie in Halle und Jena - der 1. Sekretär der Universitätsparteileitung im Zuge der Auseinandersetzungen nach dem Mauerbau entlassen. Er hatte bezüglich der Zustimmungskampagnen immer wieder gewarnt, die Universität könne dem Vergleich anderer Universitäten nicht standhalten, und so zu einem deutlich restriktiveren Umgang mit dem Lehrkörper und den Studenten aufgerufen, was aber nicht in dieser Form umgesetzt wurde. Letztendlich bekamen die Universitätsleitungen und Parteileitungen die ablehnenden Stimmungen an allen Universitäten nicht in den Griff. Doch die Mauer stand und nur die wenigsten konnten sich der Auseinandersetzungen durch eine späte Flucht entziehen. Viele mussten sich früher oder später mit der Situation der zementierten Teilung arrangieren.

Letztendlich waren die Reaktionen der Universitätsangehörigen in Rostock ähnlich zu denen anderer Universitäten, Unterschiede gab es vor allem bezüglich der Repressionen wie Entlassungen, Verhaftungen und Exmatrikulationen.

Die Universität Rostock vor und nach der Wende

Prof. Dr. Günther Wildenhain, ehemaliger Rektor der Universität Rostock

Zunächst wurde dargestellt, wie die Universität Rostock insbesondere nach der Dritten Sozialistischen Hochschulreform 1968 immer stärker in den Einfluss der SED geriet. Sehr ausführlich werden dann die Veränderungen beschrieben, die von Herbst 1989 bis zum 3. Oktober 1990 in der Phase der demokratischen Selbsterneuerung der Universität, durchgeführt wurden. Sehr viel Hintergrundinformation enthält der Abschnitt „Die Phase der Umgestaltung nach der Vereinigung unter Regie der Landesregierung“ durch die Kompetenz des Autors, der zu der Zeit als Hochschulabteilungsleiter im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern tätig war. Ebenfalls tiefgehende Einblicke in die Vorgänge bei der Erneuerung der Universität liefert der Autor durch die Beschreibung von Abläufen während seiner Amtszeit als Rektor der Universität 1998 bis 2002.

„Wo viele losgehen, entstehen Wege“

Christoph Kleemann, ehemaliger Bürgerschaftspräsident Rostock

Das niederländische Sprichwort kann als eine treffende Antwort auf das lange vergebliche Warten und Hoffen auf demokratische Veränderungen in 40 Jahren SED-Diktatur gelten.

Nur zweimal hat es dieses massive Aufbegehren gegeben. Der Volksaufstand von 1953 scheiterte an der Präsenz und dem Eingreifen des sowjetischen Militärs. Beim Aufstand von 1989 konnte sich die Parteiführung ihrer Schutzmacht nicht mehr sicher sein. Sowohl der Druck von außen durch Reformbewegungen in den so genannten Bruderländern als auch der wirtschaftliche und gesellschaftliche Zustand der DDR selber führten zu erheblicher Nervosität im Politbüro. Die gefälschte Kommunalwahl, die staatlichen Reaktionen auf die Niederschlagung des Aufstands in Peking und die zynischen Kommentare zur rasant ansteigenden Zahl von Ausreisewilligen beförderten die innenpolitische Krise. Während sich Unmut in den eigenen Reihen zu regen begann, nahmen beherzte Bürgerinnen und Bürger durch die Bildung von Bürgerbewegungen und neuen Parteien die Sorge um die Zukunft selber in die Hand. Je härter der Staat durchzugreifen bereit war, desto entschiedener sammelte sich der Widerstand. Kirchenvertreter und Oppositionelle, die seit Beginn der achtziger Jahre in

Friedens- und Umweltgruppen aktiv waren, wurden Wortführer des neuen Volksaufstandes. Unter der Losung „Wir sind das Volk“ demonstrierten bald in allen Städten der Republik Menschen unterschiedlicher Prägung gegen den Führungsanspruch der SED, für Demokratie und gesellschaftliche Erneuerung. Auch in den drei Nordbezirken gab es seit den frühen achtziger Jahren oppositionelle Aktivitäten, vornehmlich unter dem Dach der Kirchen. Als sich am 19. Oktober 1989 nach dem Friedensgebet in der Rostocker Marienkirche zum ersten Mal ein großer Demonstrationzug durch die Stadt in Bewegung setzte, der bis zur Bezirksverwaltung der Staatssicherheit führte, entschied die Gewaltfreiheit auf Seiten der Demonstranten deren friedliches Ende.

Der Druck der Straße auf die staatlichen Verantwortungsträger führte innerhalb kürzester Frist über Dialogveranstaltungen, Auflösung der Stasi-Bezirksverwaltungen und deren Kreisdienststellen, Runde Tische und Beteiligungen in den Rathäusern zur ersten freien Volkskammerwahl.

Nicht der 9. November ist in der Rückschau das Schlüsselereignis des Herbstes 1989, sondern der 9. Oktober, als in Leipzig die Staatsmacht vor den Aufständischen kapituliert. Alles Weitere folgte mit einer gewissen Logik den ohnmächtigen Rettungsversuchen einer zutiefst verunsicherten Führungsriege.

Die Bestrebungen der Bürgerbewegungen von 1989 galten zunächst der Demokratisierung der DDR, der Entideologisierung aller Gesellschaftsbereiche und der Reform von Bildung, Erziehung und Wirtschaft. Den langen Atem für diesen Prozess mochte die Mehrheit nach 40 Jahren Diktatur nicht mehr aufbringen und entschied sich für den kurzen Weg zur deutschen Einheit, für den die äußeren Bedingungen günstig schienen. Die damit verbundene Aufgabe einer Fülle von großen Ideen, enormer Kreativität und Bereitschaft, sich eigenverantwortlich einzubringen sowie der Verzicht auf manche bewährten Gegebenheiten des Ostens waren der Preis für den schnellen Anschluss an die Bundesrepublik.

Über den Weg werden sich Akteure von damals noch eine Weile streiten, auch wenn sie sich über das Ziel - die deutsche Einheit - einig sind.

Lenin „Er rührte an den Schlaf der Welt ...“

Dr. Fred Mrotzek, Universität Rostock, Historisches Institut

An Lenin scheiden sich die Geister! Für die einen „rührte er am Schlaf der Welt ...“ (Johannes R. Becher), für die anderen war Lenin ein „Wahnsinniger“, dessen Anhang aus Lumpen bestand (Wladimir Nabokow 1919). Für den Historiker Hans-Peter Schwarz ist Lenin die zweite Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts – ein Monster.

Es gab bis zu Lenins 20. Lebensjahr zwei Zäsuren, die eine ungeheure Auswirkung auf seine weitere Entwicklung hatten. Da wäre zum ersten der plötzliche Tod des 55-jährigen Vaters 1886. Weit härter traf die Familie der Tod des Bruders Alexander ein Jahr später 1887. Der Student hatte sich einer revolutionären Organisation angeschlossen, die ein Attentat auf den Zaren Alexander III. vorbereitete. Alle Bemühungen der Mutter, den Sohn zu retten, blieben erfolglos, letztlich auch deshalb, weil dieser vor Gericht mutig zu seinem Vorhaben stand. Mit der Erhängung Alexander Uljanows am 20. Mai 1887 in der Petersburger Schlüsselburg wurde die Familie zum Außenseiter in der bürgerlichen Gesellschaft.

Lenins Karrierechancen sanken erheblich. In ihm entstand zunehmender Hass auf die bürgerliche Gesellschaft, die ihm verschlossen blieb. Er begann ein intensives Studium marxistischer Theorien. Seit 1893 in Petersburg war Lenin endgültig in revolutionären Kreisen verankert. In dieser Zeit entwickelte er die Idee einer Avantgarde von Berufsrevolutionären, die einer strengen Hierarchie und militärischen Disziplin unterstanden. Innerparteiliche Demokratie lehnte Lenin ab.

Auf dem 2. Parteitag der russischen Sozialdemokratie 1903 kam es zum Streit über den Aufbau der Partei. Lenin nannte eine Zufallsmehrheit Bolschewiki, diese Gruppe war aber in sich zerstritten. Lenins radikaler Kurs wurde von vielen abgelehnt, allein Trotzki genoss eine gewisse Popularität. Lenin beschäftigte sich in der folgenden Zeit mit der praktischen Durchführbarkeit einer so genannten proletarischen Revolution, verbunden mit einem radikalen Elitenwechsel.

Lenins Chancen reiften mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Wenngleich die Februar-Revolution ihn völlig überraschte, reiste er als deutscher Spion durch Deutschland und Finnland nach Russland. Hier plante Lenin ab August 1917 den militärischen Staatsstreich. Die Oktoberrevo-

lution selbst geschah mit relativ wenig Gewalt. Die Bolschewiki hatte zu diesem Zeitpunkt das Gespür für die Massen, die Frieden, Land und Brot forderten und setzte den Elitenwechsel mit brutaler Gewalt durch. Im Januar 1918 wurden die Koalitionspartner entmachtet und verfolgt. Lenin führte die Erschießungen, die er im November 1917 aus taktischen Gründen abschaffen ließ, wieder ein. Gewalt und Terror wurden zu einem Wesensmerkmal der Bolschewiki. Lenin war nicht nur ein Schreibtischtäter, sondern er wollte und organisierte die Massenmorde und den Terror: Rätediktatur, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus, Rechtlosigkeit, Zwangsarbeit als Grundlage der Arbeitsverfassung und Hungersnöte prägten Lenins Politik.

Im Januar 1924, dem Todeszeitpunkt Lenins, kann folgende Bilanz gezogen werden:

Er hatte ein ideologisches Konzept geschaffen und durchgesetzt. Es gab nur noch eine Massen- und Einheitspartei, alle Elemente des Terrors waren voll ausgebildet. Lenin hatte sich das Kommunikationsmonopol gesichert. Die Bolschewiki besaß die absolute Kontrolle über die Waffen, und die Planwirtschaft wurde zentral gesteuert.

Es war eine verkehrte moderne Welt geschaffen, die Utopie entgleiste. Der Leninismus schuf nicht nur die Grundlagen für den Stalinismus, sondern der Stalinismus war eine Form des Leninismus.

Das Schulwesen vor und nach der Wende – Versuch eines Vergleiches

Ekkehard Siegl, ehemaliger Schulverwaltungsamtsleiter Rostock

Die Schule in der DDR war geprägt von Ideologisierung und zunehmender Militarisierung (Unterrichtsfach Wehrkunde/Wehrerziehung). Die Volksbildungsministerin Margot Honecker führte das „Einheitliche sozialistische Bildungssystem“ als strenges Regime, gehörte doch neben dem Schulwesen auch das System der sogenannten Jugendfürsorge mit Kinderheimen und Werkhöfen dazu.

Neben einer guten Ausbildung in der Mathematik und den Naturwissenschaften war der Unterricht in Deutsch, Geschichte und Staatsbürgerkunde immer von der Ideologie der Partei der Arbeiterklasse unterwandert.

Die Ausbildung in den Sprachen war unzureichend. Von der 5. Klasse bis hinein in das Studium lernten die Kinder und Jugendlichen Russisch. Englisch war als fakultatives Unterrichtsfach eingerichtet. Von den Russischkenntnissen ist in den meisten Fällen nicht viel geblieben.

Nach 1989 und besonders im Schuljahr 1990/91 begann die arbeits- und umfangreiche Zeit der Umgestaltung im Bereich der Schule. So waren grundlegende Veränderungen für den Sprachunterricht und für das Fach Staatsbürgerkunde, bis hin zu den Personalproblemen dieser Fächer, erforderlich.

Die Demokratisierung der schulischen Mitwirkungsgremien wie Schulkonferenz, Eltern- und Schülerrat war einzuleiten. Der Zugang zum Abitur war beispielsweise zu demokratisieren, Schulabschlüsse waren anzuerkennen und Schulen in freier Trägerschaft zuzulassen.

Auch wurden neue Leitungsstrukturen der Schulverwaltung wie Schulaufsicht und Schulverwaltung incl. neuer Personalstrukturen errichtet. In der Folge des im April 1991 beschlossenen „Ersten Schulreformgesetzes für M-V“ und des damit gültigen dreigliedrigen Schulsystems waren neue Schulstandorte festzulegen und die Schulwünsche der Eltern zu erfassen.

Für Eltern und Schüler stellte sich eine entideologisierte Schule vor, die Meinungsfreiheit von Lehrern und Schülern beinhaltet und eine große Vielfalt der demokratischen Mitsprache aufweist.

Von der NVA zur Bundeswehr

Detlev Göllner, Oberstleutnant a.D., Rostock

Als sich im Zuge der Wende und nach der Volkskammerwahl 1990 die Möglichkeit, eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten abzeichnete und immer konkretere Formen annahm, wurde auch auf beiden Seiten über die Zukunft der Bundeswehr und der NVA nachgedacht.

Bei Rainer Eppelmann (Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett von Lothar de Maizière) entstand die Vorstellung, dass beide Armeen noch für 5-10 Jahre parallel nebeneinander existieren könnten. Bei Gerhard Stoltenberg (Bundesministers der Verteidigung 1989-1992) stand fest, dass Deutschland auch nach der Vereinigung als Ganzes

Mitglied der NATO bleiben sollte. Zu dieser Zeit wurde auch die Frage gestellt, ob man überhaupt Personal aus der NVA übernehmen sollte. Manch ein Verantwortlicher sah dafür keinen Bedarf, andere zweifelten an, dass sich das ideologisch geprägte NVA-Personal jemals zu „guten Demokraten“ entwickeln könnte.

Demgegenüber sahen diejenigen, die etwas weiter blickten, in der pauschalen Ausgrenzung eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte der NVA-Soldaten und eine Wunde, die unnötigerweise in den Akt des Zusammenwachsens gerissen werden würde. Schlussendlich setzten sich diese Integrationsbefürworter durch.

Die NVA wurde mit Tagesbefehl des Ministers für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, mit Ablauf des 2.10.1990 aufgelöst, die Soldaten aus ihrer Verpflichtung entlassen. Damit begann der Prozess der Zusammenführung. Von den am 3.10.1990 vorhandenen Soldaten wurden 6.000 Offiziere, 11.200 Unteroffiziere und 800 Mannschaften zunächst als „Soldat auf Zeit“ übernommen. Die Soldaten und die Bundeswehr hatten somit zwei Jahre Zeit, sich aneinander zu gewöhnen und über die weitere Zukunft zu entscheiden.

Trotz aller Unterschiede in den persönlichen Lebensläufen, der militärischen Ausbildung und Erziehung, trotz der Gegensätze in den militärischen Strukturen und Ausrichtungen, trotz der politischen Divergenzen und insbesondere auch trotz der persönlichen Ressentiments, der Sorgen, Nöte und aller anderen Befürchtungen war der erste Abschnitt des Integrationsprozesses bereits nach zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen. Mit der Weiterverpflichtung der Soldaten auf Zeit und der Ernennung der ersten Berufssoldaten am 2.10.1992 begann die Phase der Normalisierung.

Auch wenn es noch lange gedauert hat, auch wenn zum Teil heute noch über die Andersartigkeit unserer Armeen diskutiert wird, so kann man die Zusammenführung von Soldaten der NVA und der Bundeswehr als gelungenen Akt, als Erfolgsgeschichte unserer jüngeren Vergangenheit bezeichnen.

Demografischer Wandel in Mecklenburg-Vorpommern vor und nach der Wende

Dr. Rembrandt Scholz, Max-Planck-Institut für Demografische Forschung, Rostock

Geburtenrückgang, Alterung und schrumpfende Bevölkerung sind Kenngrößen, die den Kern des demografischen Wandels charakterisieren. Der demografische Wandel beschreibt die Veränderung der Bevölkerung durch die Geburten, die Sterblichkeit und die Wanderung. Demografischer Wandel darf aber nicht nur auf die aktuellen Trends reduziert werden, da sonst falsche Lösungs-Szenarien entwickelt werden. Es ist ein weltweit gleiches Phänomen bei gleichen ökonomischen Bedingungen mit den gleichen Folgen. Die Brisanz wird heute insbesondere durch die Herausforderungen an das Renten-, Gesundheits-, und soziale Sicherungssystem hervorgerufen. In Deutschland werden die Konsequenzen insbesondere in den Jahren nach 2025 ansteigen.

Die wichtigste und nachhaltigste Komponente ist der Geburtenrückgang; er betrifft alle Länder mit gleichen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen gleich. Die zweite Komponente ist die kontinuierliche Zunahme der Lebenserwartung, welche sich in den letzten 100 Jahren verdoppelt hat. Durch Außenwanderung wird der Prozess für einige Länder verstärkt und für andere abgeschwächt und teilweise verdeckt. Abwanderung führt zu einer Verschärfung der Schrumpfung in den Wegzugsregionen und zu einer Abmilderung in den Zuzugsregionen.

In Deutschland setzt der demografische Wandel Ende des 19. Jahrhunderts ein. Er begleitet die wirtschaftliche Entwicklung und beginnt weltweit zum Zeitpunkt der Industrialisierung. Demografischer Wandel beginnt zunächst mit der Reduktion der Sterblichkeit und zeitversetzt um eine Generation mit dem Rückgang von Geburten. Es kommt zum Anfang des demografischen Wandels zu einem Bevölkerungswachstum, am Ende zu einer Bevölkerungsschrumpfung. Bisher gibt es keine Anzeichen für ein Ende des demografischen Wandels, da dieser sich nur bei Erreichung einer ausgeglichenen Bevölkerungsbilanz einstellt. Das wird nur durch den Anstieg der Geburtenzahlen und Stagnation auf Reproduktionsniveau erreicht.

Die wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche mit der Wende führten in ganz Ostdeutschland zu einem „demografischen Schock“, der bis heute nachwirkt. Besonders der historisch einmalige Geburtenrückgang, aber auch die gestiegene Lebenserwartung und kontinuierliche Wanderungsverluste forcierten den säkularen Prozess der Alterung und Schrumpfung in den neuen Bundesländern. Der demografische Wandel insgesamt wurde allerdings in seiner Richtung nicht beeinflusst. Dabei sind die Auswirkungen in Mecklenburg-Vorpommern besonders dramatisch, da hier vor der Wende die höchste Fertilität vorlag, die Lebenserwartung besonders niedrig war und die Abwanderung nach 1990 besonders anhaltend und hoch ist. Die Anpassung der Demografie an die neuen Verhältnisse führt zu einer besonders dramatischen Schrumpfung und Alterung in einem Zeitraum von 25 Jahren, welcher sich auch in Zukunft fortsetzt.

Uwe Johnson in Rostock

Antje Pautzke, Universität Rostock, Uwe Johnson-Forschungsstelle

Im Frühjahr 2009 entsteht an der Universität Rostock eine Uwe Johnson-Professur, die von Dr. Ulrich Fries gestiftet und mit Prof. Dr. Holger Helbig besetzt worden ist. Regelmäßig werden von Holger Helbig seitdem Seminare und Vorlesungen zu Uwe Johnson und seinen Werken angeboten. Zudem ist es ein besonderes Anliegen, die zukünftigen Lehrer unter den Studierenden auf den Autor aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit mehreren Schulen in Mecklenburg-Vorpommern werden in Seminaren Unterrichtseinheiten rund um Leben und Werk von Uwe Johnson konzipiert und durchgeführt.

Parallel zur Professur hat die Hansestadt in der Uwe Johnson-Gesellschaft seit 2010 einen gemeinnützigen Verein, der die Beschäftigung mit Johnsons Leben und Werk fördert und damit die Erinnerung an Romane und Schriften des Autors wachhält. Die Gesellschaft setzt diese Aufgaben in zweierlei Weise um: Alle zwei Jahre organisiert sie in Rostock eine internationale Uwe Johnson-Tagung und gibt der Forschungsgemeinschaft damit einen Raum für den regelmäßigen Austausch über die umfassende Arbeit des Autors. Die erste Tagung dieser Art fand gleich im Gründungsjahr der Gesellschaft, im Mai 2010, statt. Unter dem Titel *Identität des Autors zweifelhaft* referierten und diskutierten Johnson-

Forscher aus aller Welt vier Tage lang im Bürgerschaftssaal des Rostocker Rathauses über das Selbst- und Fremdbild Uwe Johnsons sowie das Konzept ‚*Identität*‘ in seinem Werk. Neben der Ausrichtung von internationalen Tagungen ist die Uwe Johnson-Gesellschaft auch um die Nachwuchsförderung bemüht. Im Rhythmus von zwei Jahren organisiert sie einen Workshop für junge Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, die sich in ihren Promotionsvorhaben mit Uwe Johnson beschäftigen. Das nächste zweitägige Treffen der angehenden Johnson-Forscher wird voraussichtlich im Juni 2015 veranstaltet. Nachgelesen werden können die Vorträge der Tagungen und Workshops im Johnson-Jahrbuch. Dieses jährlich erscheinende Periodikum steht seit Band 17 in der Trägerschaft der Uwe Johnson-Gesellschaft und ist mittlerweile zu dem Platz geworden, an dem sich die Forschung in ihrer ganzen Vielfalt versammelt und begegnet, ganz so wie es die Herausgeber im Vorwort des ersten Jahrbuchs erhofft haben.

Seit 2012 beherbergt der Bücherspeicher der Universitätsbibliothek Rostock das Uwe Johnson-Archiv, das von der Johannes und Annitta Fries Stiftung im Sommer 2012 erworben und der Universität Rostock als Depositum für die Forschung zur Verfügung gestellt wurde. Wenige Monate später wurde an der Universität die Uwe Johnson-Forschungsstelle eingerichtet, deren Mitarbeiter den Umzug des Archivs aus dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach in die Hansestadt Rostock durchgeführt haben und seitdem für die Erschließung und Benutzung des Uwe Johnson-Archivs verantwortlich sind. Beinahe täglich werden dabei die in Johnsons Nachlass befindlichen Manuskripte und Lebensdokumente inhaltlich erschlossen und elektronisch in der Datenbank für Autographen, Kalliope, erfasst. Das gilt natürlich auch für die ca. 12.000 Blatt Briefe, die Johnson sich mit Freunden, Kollegen und Lesern über mehr als 30 Jahre geschrieben hat. Auch die ca. 8.500 Titel umfassende Privat- und Arbeitsbibliothek des Autors kann mittlerweile über den Onlinekatalog des gemeinsamen Bibliothekenverbundes eingesehen werden. Sie wurde in der Rekordzeit eines Jahr von den Mitarbeiterinnen der Universitätsbibliothek erschlossen.

Seit April 2014 entsteht in Rostock eine historisch-kritische Uwe Johnson-Werkausgabe. Gefördert wird dieses Editionsprojekt mit einer Laufzeit von 24 Jahren von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der

Wissenschaften und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Bei einem so großen Engagement für den Autor Uwe Johnson in Rostock stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Warum, da Johnson nicht einmal gebürtiger Rostocker ist.

Geboren wird Uwe Johnson 1934 im heutigen Kamień Pomorski. Er wächst in Anklam auf, geht u.a. in Güstrow zur Schule und beginnt 1952 ein Studium der Germanistik an der Universität Rostock. Zwei Jahre später zieht Johnson »in die wahre Hauptstadt der DDR«, studiert bei Größen der deutschen Geistesgeschichte, wie Ernst Bloch und Hans Mayer, und knüpft freundschaftliche Bande fürs Leben. In Rostock und Leipzig schreibt der junge Johnson an seinem ersten Roman, der von den Verlagen in der DDR abgelehnt wird. Auch Peter Suhrkamp in der Bundesrepublik will Johnsons Erstling *Ingrid Babendererde* nicht veröffentlichen, motiviert ihn aber zum Weiterschreiben.

Im Sommer 1959 flieht Uwe Johnson nach West-Berlin, im Herbst desselben Jahres erscheint sein erstes Buch *Mutmassungen über Jakob* im Suhrkamp Verlag, jetzt allerdings unter der Leitung Siegfried Unselds. Zwei Jahre später, mit der Veröffentlichung von *Das dritte Buch über Achim*, wird Johnson als »Dichter beider Deutschland« bekannt. Nicht zuletzt auch um dieser Etikettierung zu entfliehen, geht er von 1966 bis 1968 mit seiner Familie nach New York und arbeitet als Lektor in einem renommierten Verlag an einem Lesebuch für den US-amerikanischen Deutschunterricht. Als Johnson im Sommer 1968 nach Berlin zurückkehrt, bringt er das Thema für sein Opus Magnum mit: Die Geschichte der Familie Cresspahl. Von 1970 bis 1973 werden die ersten drei Bände der *Jahrestage* publiziert. Ein Jahr später zieht Johnson mit seiner Familie nach Sheerness-on-Sea, England, eigentlich um den vierten und letzten Band der *Jahrestage* zu schreiben. Aber es kommt anders. In seiner Frankfurter Poetikvorlesung *Begleitumstände* 1979 macht Johnson seine Ehekrise der letzten Jahre öffentlich und thematisiert damit auch, wie das Leben sein Schreiben beeinflusst. *Jahrestage 4. Aus dem Leben von Gesine Cresspahl* erscheint im Herbst 1983, wenige Monate später stirbt Uwe Johnson im Alter von 49 Jahren.

Dieser biographische Überblick verdeutlicht, dass die Zeit, die Johnson in Rostock verbracht hat, im Verhältnis zu den eingangs erwähnten Bemühungen um den Autor in der Hansestadt, relativ kurz ist. Dass die Johnson-Forschung ihre Heimat dennoch in Rostock – man könnte fast sagen – finden musste, wird erst bei einem genauen Blick auf Johnsons Studienzeit in Rostock sichtbar.

Im April 1953 initiiert die Regierung der DDR eine landesweite Kampagne gegen die Jugendorganisation der evangelischen Kirche, die Junge Gemeinde. Einen Monat später wird der junge Johnson aufgefordert, Mitglieder der Jungen Gemeinde auf der Großversammlung der FDJ-Gruppe der Philosophischen Fakultät zu denunzieren. Johnson tut das nicht. Er hält statt dessen einen Vortrag über die Verfassung der DDR und die in ihr festgehaltene Religions- und Meinungsfreiheit. Sein Diskussionsbeitrag bleibt nicht ohne Folgen. In seiner Poetikvorlesung in Frankfurt mehr als 20 Jahre später berichtet Johnson: »Nach dem zweiten Verhör beschloss die Partei über ihren Jugendfreund aus Güstrow: Exmatrikulation, Sperre sämtlicher Hochschulen.« Dieser Beschluss lässt sich anhand der Akten im Archiv der Universität Rostock nicht belegen, weder die Exmatrikulation noch deren Widerruf.

Nach dem 17. Juni 1953 nimmt die Leitung der SED die Beschuldigungen gegen die Junge Gemeinde zurück und die im Rahmen der Kampagne vorgenommenen Exmatrikulationen werden aufgehoben. In Bezug auf Uwe Johnson lässt sich den Protokollen der Mitgliederversammlungen der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät entnehmen: »Gegenüber Johnson, der frei seine Meinung äusserte, habe man falsch gehandelt.«

In Johnsons erstem Roman, der 1985 posthum herausgegeben wurde, ist es die Protagonistin Ingrid, die sich weigert, ihre Klassenkameradin, ein Mitglied der Jungen Gemeinde, auf einer Schulversammlung zu verleumden. Schließlich wird Ingrid für dieses Verhalten selbst vom Unterricht ausgeschlossen und flieht gemeinsam mit ihrem Freund in den Westen.

Die Parallelen zu Uwe Johnsons Erlebnissen an der Universität Rostock sind offensichtlich, ebenso wie die Bedeutung des Ortes für das Leben und Werk des Autors: In Rostock ist Uwe Johnson zum Schriftsteller geworden, denn hier fand er den Stoff für *Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953*.

Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock

Die Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock und die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie und ihren Auswirkungen auf die Universität Rostock sind grundsätzliche Anliegen des VERS. Der nachstehende Vortrag wurde während der VERS-Tagung 2014 in Kühlungsborn gehalten und wird hier ungekürzt wiedergegeben.

Die Universität Rostock vor und nach der Wende

Prof. Dr. Günther Wildenhain, ehemaliger Rektor der Universität Rostock

1. Die Universität Rostock vor der Wende

Ich wurde 1971 nach Rostock berufen – zunächst als Hochschuldozent und seit 1973 als Professor. Daher kenne ich auch diese Zeit über fast zwei Jahrzehnte aus eigenem Erleben.

Das Jahr 1968 war eine Zäsur im Prozess der Unterwerfung des Hochschulsystems unter die Herrschaft der SED. Vor 1968 gab es an den DDR-Universitäten drei Leitungsebenen: Die Universitätsleitung, die Fakultäten und die Institute. Mit der 3. Sozialistischen Hochschulreform 1968 wurden die Fakultäten entmachtet und die bisherigen kleineren Institute zu größeren Einheiten, den sog. Sektionen zusammengefasst. Mit dieser Zerschlagung der alten Strukturen gab es an der Universität jetzt nur noch zwei Leitungsebenen, was der SED den Zugriff auf das Geschehen in der Universität wesentlich erleichterte. Die Sektionen wurden in neuer Weise wieder zu Fakultäten zusammengefasst, denen aber im Wesentlichen nur noch die Koordinierung des Graduiertengeschehens übertragen wurde.

Wie sah das nun in Rostock konkret aus?

Die Universität bestand aus 18 Sektionen, die wiederum auf folgende vier Fakultäten aufgeteilt waren:

- Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
- Fakultät für Mathematik, Physik und Technische Wissenschaften
- Fakultät für Biologie, Chemie und Agrarwissenschaften
- Fakultät für Medizin

Als ein Hauptziel der Ausbildung an einer Universität wurde vom Staat im Zuge der Hochschulreform ferner die Ausbildung sozialistischer Persönlichkeiten proklamiert. Ein fundamentales Vehikel dazu war die marxistisch-leninistische Grundausbildung, die sich durch das ganze Studium zog und zum Ende hin mit voller Wucht auch die Professorenschaft traf. Besonders gefürchtet waren auch die so genannten „roten Wochen“ am Beginn eines jeden Studienjahres. Die Hochschullehrer wurden hier gezwungen, sich vor die Studenten zu stellen und die aktuelle politische Situation aus marxistisch-leninistischer Sicht zu erklären und zu interpretieren – natürlich nicht ohne die Kontrolle linientreuer SED-Genossen. Ich denke mit Grausen an diese Erlebnisse zurück.

Ein besonderer „Glanzpunkt“ der Hochschulpolitik der DDR waren auch die sozialistischen Wettbewerbe. Man „kämpfte“ um die Vergabe des Titels „Kollektiv der Sozialistischen Arbeit“ bzw. „Sozialistisches Studentenkollektiv“. Dazu wurden Wettbewerbsprogramme aufgestellt, deren Erfüllung akkurat abgerechnet werden musste.

Es gab in der DDR keine Studienzeit-Überschreitungen. Das hatte natürlich seine Ursache in der straffen Organisation und Reglementierung des Studiums. Dazu gehörte die Einteilung der Studenten in Seminargruppen, die Zuordnung von Seminargruppenberatern zu den Seminargruppen, die alles zu kontrollieren und zu überwachen hatten – möglichst bis hin zum „sozialistischen Bewusstsein“. Doch das funktionierte natürlich nicht so, wie die SED es sich wünschte.

Soviel in aller Kürze zu einigen Besonderheiten des Studiums an einer „sozialistischen Universität“.

Ein Wort zur Personalstruktur an der Universität, mit der wir es bei der Hochschulerneuerung zu tun hatten. Fakt ist, dass in der DDR viel Geld in den Bildungsbereich und insbesondere in den Hochschulbereich investiert wurde, aber auch, dass Geld sehr ineffektiv eingesetzt wurde. Die Aufwendungen im Personalbereich standen in keinem Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen. Es gab erhebliche Investitionen in verdeckte akademische Arbeitslosigkeit. Die Universität finanzierte in wachsendem Maße hauptamtliche SED-, FDJ- und Gewerkschaftsleitungen. Der Personalbestand war total überzogen, insbesondere gab es einen unverhältnismäßigen Anteil unbefristeter Stellen. Es gab einen beachtlichen Anteil von berufenen Professoren, von denen kaum wissenschaftliche

Leistungen kamen. Das hatte natürlich Auswirkungen auf die Überleitungsverfahren nach der Wende. Die diesen vorangehenden „Ehrenverfahren“ hatten Bezug zu einem der dunkelsten Kapitel der DDR-Geschichte.

Wie über viele andere Lebensbereiche, so hatte die Stasi ihr Netz auch über die Universität ausgebreitet. Die zentrale Figur war hier der 1. Prorektor, der in seinem Machteinfluss dem Rektor sicher nicht nachstand. Eine strukturelle Besonderheit der Universität Rostock war die Sektion Lateinamerikawissenschaften. Diese Einrichtung war offenbar die Kadenschmiede für DDR-Diplomaten in Mittel- und Südamerika.

Nach den bisherigen Ausführungen fragt man sich, wie man an einer Universität der DDR überhaupt Karriere machen konnte, ohne sein Gewissen ernsthaft zu belasten. Es wird immer wieder behauptet, dass man nur dann Professor werden konnte, wenn man der SED beitrat. Das ist natürlich eine Legende. Die Wahrheit ist wesentlich differenzierter. Eine Tatsache ist es aber immerhin, dass 80 % der Professoren in Rostock Mitglied der SED waren. Vieles hing von der Person, der Fachrichtung und den äußeren Umständen ab. Unbestreitbar ist, dass jeder, der sich das Ziel einer wissenschaftlichen Karriere gesetzt hatte, an irgendeiner Stelle Kompromisse machen musste. Die Kompromisslinien waren aber individuell sehr unterschiedlich. Sie reichten von der Übernahme von Gewerkschaftsfunktionen über die Mitgliedschaft in der SED oder einer Blockpartei bis hin zur Mitarbeit in der Stasi. Je nachdem, wie weit einer gehen wollte, bedurfte es viel Geduld oder hervorragender wissenschaftlicher Verdienste für ein Vorankommen.

Wenn ich schon das Thema anspreche, muss ich natürlich auch von mir selbst reden. Ich hatte viel Glück, was mein wissenschaftliches und menschliches Umfeld angeht. Sowohl in Dresden, wo ich diplomiert, promoviert und habilitiert habe, als auch an meiner Arbeitsstelle an der DAW in Berlin gab es keinen einzigen SED-Genossen. Ich konnte mich unbehelligt unter nahezu idealen Bedingungen wissenschaftlich entwickeln. Meine Berufung nach Rostock verdanke ich auch nach meiner völligen Überzeugung meinem fachlichen Renommee. Hinzu kam, dass die Mathematik ein nahezu ideologiefreies Fach ist. Auf meine Berufung zur Professur musste ich allerdings zwei Jahre warten, da ich kein Parteiabzeichen hatte. Die Sektion Mathematik in Rostock war auch insofern eine Insel, als von den neun Professoren nur drei Mitglieder der SED waren.

Es ist kein Zufall, dass die ersten beiden Rektoren dieser Universität nach der Wende aus der Mathematik kamen.

2. Die Phase der demokratischen Selbsterneuerung der Universität (Herbst 1989 bis 3.10.1990)

Bis zum Herbst 1989 hatte sich auch an der Universität die politische Atmosphäre grundlegend gewandelt. Die SED verlor zunehmend an Autorität und die Stimmung war in wachsendem Maße durch offene kritische Diskussionen über die Missstände in der DDR geprägt. Es muss aber deutlich daran erinnert werden, dass die Aktivitäten und die Mobilisierung der Wendezeit nicht von den Universitäten ausgingen. Dies spiegelt sich auch darin, dass sich die Beteiligung der Studenten, Mitarbeiter und Professoren an den Herbsdemonstrationen in Grenzen hielt. Immerhin bildete sich aber eine Initiativgruppe, die sich für eine Universitätsreform einsetzte. Dazu gehörte auch mein Mathematiker-Kollege Gerhard Maeß, der erste Nachwende-Rektor. Aber auch einige SED-Genossen waren darunter. Das erste Ziel dieser Gruppe war die Erarbeitung einer neuen Universitätsverfassung. Es setzte ein Machtkampf zwischen den demokratischen Erneuerungskräften und der alten Universitätsleitung ein. Der alte Rektor versuchte mit diversen Tricks die Zügel in der Hand zu behalten. So ließ er sich am 20.12.1989 in seinem Amt bestätigen und schlug die Bildung eines Universitätsrates vor. Damit sollte offensichtlich versucht werden, Teile der Initiativgruppe einzubinden und die schwindende Macht der SED-Leitung auszugleichen. Zur Realisierung dieses Vorschlages kam es aber nicht mehr. Nach außen gab sich der Rektor aber als führender Kopf der Erneuerungsbewegung an der Universität Rostock aus und ließ sich noch im Januar 1990 zum Vorsitzenden der Rektorenkonferenz der DDR wählen.

Die aufregenden Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 sind lückenlos dokumentiert in der damals regelmäßig erscheinenden Rostocker Universitätszeitung (RUZ). Es lohnt sich, diese Zeitungen im Zusammenhang zu lesen. Sie bieten ein Spiegelbild des erwähnten Machtkampfes. Lange Zeit waren ja auch die dem Regime verbundenen Redakteure noch im Amt. Ab Januar 1990 erschien die RUZ nicht mehr als Organ der SED. Ich werde versuchen, einige markante Ereignisse des ersten Halbjahres 1990 an der Universität Rostock stichpunktartig aufzuführen. Interessant ist ein Versuch der Universitätsleitung, aus der Substanz der Sektion Marxismus-Leninismus alte Strukturen und Seilschaften zu erhalten.

Noch im Jahre 1989 wurden – gewissermaßen in Unterlaufung von erst ein Jahr später auf der Tagesordnung stehenden Abwicklungsentscheidungen – im Handstreich drei Institute gegründet, nämlich

- Institut für Philosophie
- Institut für Soziologie und Sozialgeschichte
- Institut für Politik und Zeitgeschichte.

Es hat zwar nichts genützt, hat aber den Juristen der späteren Landesregierung und den Gerichten durchaus Probleme bereitet.

Am 28.1.1990 wurde der 1. Entwurf einer neuen Universitätsverfassung von der Initiativgruppe vorgelegt und nach einer intensiven Diskussion am 10.4.1990 veröffentlicht. Bezeichnend ist, dass unmittelbar nach der Vorlage dieses Entwurfs vom noch amtierenden Senat ein Gegenentwurf in Auftrag gegeben wurde. Dass sich diese beiden Entwürfe jedoch kaum unterschieden, hing natürlich damit zusammen, dass sie sich beide eng an das HRG der Bundesrepublik anlehnten.

In der Zeit vom 2. bis 6. April 1990 fand an der Universität eine Urabstimmung statt. Es ging um drei Fragen:

- Die Ablegung des Namens Wilhelm-Pieck-Universität
- Die Verabschiedung einer Wahlordnung für ein außerordentliches Konzil
- Die Zusammensetzung des zu wählenden Konzils. Dabei standen zwei mögliche Varianten zur Wahl:
 - mit einer Mehrheit der Professoren
 - mit einer Drittelparität.

Das Ergebnis dieser Urabstimmung war Folgendes:

Bei einer Wahlbeteiligung von 55 % stimmte 79,2 % für die Namensänderung, 84,8 % für die Annahme der vorgeschlagenen Wahlordnung und 89,8 % für die Drittelparität.

Die Höhepunkte der Universitätserneuerung folgten dann im Mai 1990

- am 22.5.1990 Wahl des Konzils
- am 29.5.1990 Wahl eines neuen Rektors und des Senats durch das Konzil.

Gewählt wurde Prof. Maeß. Bemerkenswert war die Tatsache, dass unter den gewählten Senatsmitgliedern kein einziges ehemaliges SED-Mitglied war. Am 7.6.1990 erfolgte die Wahl des Prorektors. Nach einem für mich unverständlichen Vorschlag des neu gewählten Rektors kandi-

dierte der bisherige Direktor für Internationale Beziehungen. Es war ein Glück, dass sich der Theologe Prof. Kiesow zu einer Gegenkandidatur bereitfand. Dass Prof. Kiesow die Wahl ganz knapp gewann, zeigt, wie brisant und zerbrechlich die Machtverhältnisse an der Universität damals noch waren.

Erwähnen möchte ich noch, dass bei den Wahlen zum Konzil, zum Rektor, zum Prorektor und zum Senat von allen Kandidaten eine Erklärung abgegeben wurde, nicht für das MfS gearbeitet zu haben. Später stellte sich leider heraus, dass nicht alle diese Erklärungen der Wahrheit entsprachen.

Die teils mehrtägigen Konzilsberatungen waren ohne Zweifel Sternstunden der Rostocker Universitätsgeschichte. Die geschickte und engagierte Leitung dieser Sitzungen durch die Professoren Pätzold und Hennighausen verdient besonders in Erinnerung gerufen zu werden. Nach den Wahlen setzte von Seiten der neuen Leitungen an der Universität eine sehr engagierte Erneuerungsarbeit ein. Sie stand in der Zeit bis zur Wiedervereinigung unter dem Stern einer scheinbar sehr weitgehenden Autonomie, da unter der letzten DDR-Regierung und dem Wissenschaftsminister Meyer die Zügel sehr locker waren.

Es war klar, dass nach der Bildung der neuen Länder im vereinten Deutschland im Rahmen der Länderhoheit und des Hochschulrahmengesetzes sich die Situation grundlegend ändern würde, und dass die Universität lernen musste, mit der Hochschulautonomie und ihren Grenzen in neuer Weise umzugehen. Das ist in den folgenden Jahren durchaus nicht immer leicht gefallen.

3. Die Phase der Umgestaltung nach der Vereinigung unter Regie der Landesregierung

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 begann eine neue Phase in der Entwicklung der Hochschulen des Landes. Dienstherr der Hochschulen des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern war jetzt die Landesregierung in Schwerin – insbesondere das Kultusministerium. Kultusminister wurde Oswald Wutzke, ein Pfarrer aus Vorpommern, der aber mit diesem Amt völlig überfordert war. Zum Glück gab es aber einen sehr fähigen Staatssekretär, Thomas de Maizière, der die Fäden von Anfang an souverän in die Hand nahm. Hochschulabteilungsleiter wurde ein gewisser „Professor“ Moldt aus Augsburg.

Die erste Aktion im Lande in Richtung Hochschulpolitik war die Bildung einer Hochschulstrukturkommission im November 1990. Diese hatte bereits in ihrer Zusammensetzung gravierende Mängel. Unter den Mitgliedern waren keine Mediziner und keine Naturwissenschaftler. Es gab einen Ingenieurwissenschaftler, einen Mathematiker, Herrn Maeß, und den Informatiker Günter Krause, den späteren Bundesminister. Das Gros der Mitglieder bestand aus Geisteswissenschaftlern, insbesondere mehreren Psychologen. Das hatte natürlich einen Grund, denn der Geschäftsführer der Kommission, der besagte „Professor“ Moldt, war Psychologe. Die Hochschulstrukturkommission hatte die Aufgabe, Empfehlungen für die Neugestaltung der Hochschulstruktur des Landes zu unterbreiten. Diese Empfehlungen erwiesen sich aber sehr schnell als nur sehr begrenzt verwendbar. Sie waren sehr einseitig und sehr lückenhaft. Thomas de Maizière riss schließlich die Geduld, weshalb er die Kommission kurzerhand entließ. Es gab keine Proteste – auch nicht aus der Kommission. Der Clou war aber, dass sich der Kommissionsvorsitzende als Hochstapler entpuppte. Er gab sich permanent als Professor aus, der er nicht war. Alle seine Briefe waren mit „Professor Dr. Moldt“ unterschrieben. Thomas de Maizière war – wie bereits angedeutet - die entscheidende Person für den Prozess der Hochschulerneuerung.

Ich denke, ich kann mir dieses Urteil erlauben, denn ich war seit dem 18. März 1990 der Nachfolger von Herrn Moldt. Meine mehrjährige vertrauensvolle und menschlich sehr angenehme Zusammenarbeit mit Herrn de Maizière gehört zu den prägendsten Erfahrungen meines Berufslebens.

Am 19.12.1990 verabschiedete die Landesregierung gemäß den Vorgaben des Einigungsvertrages die Abwicklungsentscheidungen für das Land. Es war eine kluge Entscheidung, die Zahl der Abwicklungen klein zu halten. An der Universität Rostock wurden folgende Einrichtungen abgewickelt:

- Die Nachfolgeeinrichtungen der Sektion Marxismus-Leninismus
- Die Sektion Lateinamerikawissenschaften
- Die Sektion Sportwissenschaft
- Die Einrichtungen für Militär- und Katastrophenmedizin.

Am 19. Februar 1991 verabschiedete der Landtag das Hochschulerneuerungsgesetz (HEG). Darin waren die Prinzipien für die personelle Erneuerung geregelt. Vorher mussten natürlich die Strukturentscheidun-

gen getroffen werden. Um davon eine Vorstellung zu bekommen, ein Blick auf die Hochschullandschaft vor der Wende:

Es gab die Universität Rostock, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, die Technische Hochschule Wismar, die Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow, die Pädagogische Hochschule Güstrow, die Pädagogische Hochschule Neubrandenburg, Außenstellen der Hochschule für Musik und Theater „Hanns Eisler“ Berlins in Rostock und Schwerin und die Außenstelle der Schauspielhochschule „Ernst Busch“ Berlins in Rostock. Hinzu kam eine größere Anzahl von Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, die der Akademie der Wissenschaften der DDR bzw. der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR zugeordnet waren.

Der Grundsatzbeschluss der Landesregierung zur Struktur der Hochschullandschaft und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen von 28. Mai 1991 enthielt folgende Entscheidungen:

- Das Bekenntnis zu den beiden altherwürdigen Universitäten des Landes in Rostock und Greifswald. Beide Universitäten sollten erhalten und zu Volluniversitäten ausgebaut werden.
- Die Wiedergründung der Juristischen Fakultäten an beiden Universitäten.
- Die Neugründung einer WISO-Fakultät an der Universität Rostock.
- Die Übernahme der Lehramtsausbildung an die Universitäten und Eingliederung der bisherigen Pädagogischen Hochschulen Güstrow und Neubrandenburg an die Universitäten Rostock und Greifswald.
- Die Eingliederung der bisherigen Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow in die Universität Rostock.
- Die Neugründung von Fachhochschulen in Stralsund und Neubrandenburg.
- Die Gründung neuer außeruniversitärer Forschungsinstitute, die ich aber hier nicht näher auflisten werde.

Gleichzeitig wurde ein Planungsstab eingesetzt mit dem Ziel der Erarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltung der Ingenieurausbildung in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ging es natürlich um die Ingenieurausbildung in Rostock und die Zukunft der Technischen Hochschule Wismar. Der delikate Hintergrund war die Tatsache, dass Günter Krause aus der TH Wismar eine TU machen wollte, während wir in der Hochschulabteilung die TH Wismar zu einer Fachhochschule umwandeln wollten. Die

Empfehlung des Planungsstabes führte schließlich zur Gründung der dritten Fachhochschule des Landes am Standort Wismar, allerdings mit fast einem Jahr Verspätung.

Die Jahre 1991/1992 waren schließlich geprägt durch das Procedere der personellen Erneuerung entsprechend der Festlegungen im HEG, d.h. also die Ehren-, Überleitungs- und Übernahmeverfahren. Damit war eine gigantische Arbeit verbunden, die bereits damit begann, die zahlreichen dazu erforderlichen Kommissionen zusammenzustellen. Dabei waren wir in erheblichem Maße auf Kommissionsmitglieder aus den westlichen Bundesländern angewiesen. Gleiches gilt für die Gewinnung von Gutachtern für die Überleitungsverfahren. Wie schwierig das war, macht schon die Tatsache deutlich, dass es in der Hochschulabteilung nur ein einziges Telefon mit Westanschluss gab.

Hier möchte ich zum wiederholten Male ein Bekenntnis ablegen:

Alle diese Prozesse, insbesondere die Verfahren selbst, hätten wir niemals - insbesondere nicht so zügig und reibungslos – bewältigen können, ohne die tatkräftige und uneigennützig Hilfe kompetenter, hochkarätiger Verwaltungsjuristen aus den westlichen Bundesländern. Ich erwähne nur einige herausragende Beispiele: Dr. Scheven, Dr. Eberth, Dr. Gieseke, Dr. Wahlers, Dr. Schlitt, Dr. Wiesner. Ich bin noch heute dankbar, dass ich mit diesen Persönlichkeiten so konstruktiv und vertrauensvoll zusammen arbeiten durfte. Ich habe dabei sehr viel gelernt. Vor allem die aufrichtige Menschlichkeit der Zusammenarbeit beeindruckt mich bis heute. Die Kontakte bestehen zum Teil noch immer.

Ein paar Bemerkungen zum dreistufigen Verfahren der personellen Erneuerung: In der ersten Stufe, den sogenannten Ehrenverfahren, ging es um die Überprüfung der politischen Integrität. Alle Angehörigen der Hochschule mussten sich ihm stellen. Ziel war die Trennung von politisch schwer belasteten Wissenschaftlern und Mitarbeitern, die für Unrecht und Benachteiligung bzw. Unterdrückung aus politischen Gründen im Rahmen der SED-Herrschaft die Verantwortung getragen haben.

Die neun Ehrenkommissionen des Landes waren alles andere als Inquisitionsinstanzen. Das zeigt schon die im Mai 1995 vorgelegte Bilanz. Danach wurde 89 % der Mitarbeiter der Universität bescheinigt, dass kein Fehlverhalten vorliegt und nur für 3,3 % der Fälle wurde eine Empfehlung ausgesprochen, die eine Weiterbeschäftigung erschwerte oder un-

möglich machte. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass viele, die sich selbst auf Grund ihrer Vergangenheit keine Chancen ausrechneten, dem Verfahren gar nicht erst gestellt hatten!

Die zweite Stufe waren die Überleitungsverfahren. Hier ging es um die Bewertung der fachlichen Kompetenz der Professoren und Habilitierten durch unabhängige Kommissionen, die zum großen Teil aus westlichen Kollegen bestand. Es gab 16 derartige Kommissionen und insgesamt 1013 Überleitungsanträge. Davon wurden aber nur 559 positiv entschieden. Die Überleitung war also der eigentliche Scharfrichter des Verfahrens. Dabei war die Erfolgsquote im Mathematisch-Naturwissenschaftlichen wesentlich höher als im Geisteswissenschaftlichen Bereich.

In der dritten Stufe ging es schließlich um die Einweisung des verbliebenen Personals in die inzwischen geschaffenen Stellen, die durch die am 19. Mai 1992 vom Kultusministerium vorgelegten Strukturpläne vorgegeben waren.

Für die Professorenübernahme wurden dazu unter der Regie einer Geschäftsstelle im Kultusministerium insgesamt 24 Übernahmekommissionen gebildet. Dabei handelte es sich um ein berufungsähnliches Verfahren. Der für die Übernahme zur Verfügung stehende Stellenrahmen lag erwartungsgemäß weit unter dem vorher vorhandenen Stellenbestand.

Zum 1.1.1992 hatten die Universitäten und Hochschulen ohne den Medizinbereich einen neuen Personalbestand von 5673 Stellen, hinzu kamen 6656 Stellen in der Medizin. In den neuen Stellenplänen war im Haushaltsplan des Landes für 1992 eine Reduktion auf 3734 bzw. 6156 Stellen vorgesehen. Auf Rostock fielen dabei 1503 Stellen im Hochschul- und 3322 Stellen im Medizinbereich – so viel zu den Zahlen.

Ich muss noch auf drei Besonderheiten hinweisen, durch die sich das personelle Erneuerungsverfahren in MV im – wie ich meine – positiven Sinne von den Personalverfahren in den anderen neuen Bundesländern unterschied. Im Unterschied zu den anderen Ländern wurde die Überprüfung der politischen Integrität und der fachlichen Kompetenz in MV getrennt. Das Verfahren in MV basierte von vornherein auf einem Bonus für die Landeskinder. Dieser Bonus war das Prinzip „Übernahme vor Ausschreibung“. Wer das Ehrenverfahren und das Überleitungsverfahren positiv durchlaufen hatte, konnte sich im Übernahmeverfahren auf eine

der vorhandenen Stellen bewerben. Erst dann, wenn kein Bewerber zur Verfügung stand, wurde die Stelle für ein ordentliches Berufungsverfahren bundesweit ausgeschrieben. Demgegenüber war in den anderen neuen Bundesländern, z.B. in Sachsen, von vornherein eine sehr hohe Quote an Stellen zu bundesweiten Ausschreibungen freigegeben, ohne Rücksicht darauf, ob dafür genügend qualifizierte einheimische Bewerber vorhanden waren. Zahlenmäßig führten beide Vorgehensweisen zwar zu etwa gleichen Ergebnissen, das sächsische Verfahren führte aber individuell zu größeren Ungerechtigkeiten. In MV wurde durch das HEG auch den habilitierten Mitarbeitern die Teilnahme an den Überleitungs- und den Übernahmeverfahren ermöglicht. Der Grund war folgender: Es handelte sich dabei in der Regel um fachlich sehr kompetente Wissenschaftler, denen aber zu DDR-Zeiten aus politischen Gründen keine Berufungschancen eingeräumt wurden.

Erlauben Sie mir ein kleines Fazit: Ich bin der Meinung, dass der personelle Erneuerungsprozess in unserem Bundesland und die darauf gründende Erneuerung der Hochschullandschaft eine politische Leistung von historischer Dimension war. Ich denke, die Universitäten, die Hochschulen und das Land können darauf stolz sein. Ich jedenfalls bin es, auch wenn ich nur einen bescheidenen Beitrag dazu leisten konnte. Und noch ein Aspekt sollte nicht vergessen werden: Es war eine solidarische Gemeinschaftsleistung ost- und westdeutscher Wissenschaftler.

4. Inkonsequenzen und Probleme in der Landespolitik

Eine ganz fundamentale Rolle beim Neuaufbau bzw. der Umstrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern spielte der Wissenschaftsrat. Kernpunkte der Arbeit des Wissenschaftsrates der Jahre 1990 bis 1992 waren die Evaluation der Hochschullandschaft der früheren DDR und die Empfehlungen zu ihrer Neugestaltung.

Die durch das Hochschulrahmengesetz festgeschriebene Macht des Wissenschaftsrates basierte damals darauf, dass die vom Land beschlossenen Hochschulbaumaßnahmen nur dann mit 50 % vom Bund mitfinanziert wurden, wenn sie vom Wissenschaftsrat eine positive Empfehlung bekamen. Mit einigen hochschulpolitischen Entscheidungen handelte sich das Land dadurch Probleme ein, dass sie im Widerspruch zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates standen. Ich komme spä-

ter darauf zurück. Zunächst will ich auf zwei Schwachstellen der Hochschulpolitik eingehen, die sich bis in die Gegenwart durchziehen:

Die von der Landesregierung beschlossene Stellenstruktur der Universitäten und Hochschulen wäre eine solide Basis für die Zukunft gewesen, wenn sie beibehalten und konsequent umgesetzt worden wäre. Stattdessen wurden – insbesondere vom Finanzministerium – etwa ab 1994 die Strukturzahlen immer wieder in Frage gestellt und nach unten korrigiert. Das gilt insbesondere sowohl für die Studienplatzzahlen als auch für die Bauvorhaben. Die Studienplatzzielzahl wurde von ursprünglich 28.000 auf 21.000 nach unten korrigiert. Das Hochschulbaukonzept, das 1991 von der Firma Heinle, Wischer & Partner sehr großzügig geplant wurde, und das den heutigen Anforderungen vermutlich bestens entsprechen würde, wurde sehr schnell verworfen und stark reduziert. Die Ursache für diese schwankende Strukturpolitik liegt offenbar darin, dass die Stellenstruktur nur durch eine lapidare Haushaltsfestlegung und niemals durch einen bindenden Parlamentsbeschluss fixiert worden ist.

Folgende These vertrete ich immer wieder:

Die Richtigkeit hochschulpolitischer Entscheidungen manifestiert sich nur in ihrer konsequenten und zielstrebigen Umsetzung.

Dazu gleich ein weiteres Problem:

Die Schwierigkeiten beim Neuaufbau der Agrarwissenschaftlichen Fakultät in Rostock. Am Anfang dieses Dramas stand ein einstimmiger Beschluss des damaligen CDU/FDP-Kabinetts, in Rostock die agrarwissenschaftliche Ausbildung zu schließen.

Ich wurde damals zu einer Protestveranstaltung zum Justus-von-Liebig-Weg geschickt, um diesen Beschluss zu vertreten. Das war eine der unangenehmsten Missionen, die ich in Schwerin zu absolvieren hatte. Etwa zwei Wochen später gab es dann aber - offenbar unter dem Eindruck der Proteste - im Landtag einen Beschluss zum Erhalt der Ausbildung, und zwar ebenfalls einstimmig (mit den Stimmen der Regierungskoalition!). Das Problem bei dieser Entscheidung: Für den Aufbau der Fakultät wurden keine zusätzlichen Stellen zur Verfügung gestellt. Diese sollten aus dem Gesamtkontingent der Universität genommen werden. Die Folgen lagen auf der Hand und sind bis heute spürbar. Die Personalausstattung war von vornherein mangelhaft. Die Existenz der Fakultät musste immer wieder (bis heute!) verteidigt werden. Auch eine Reihe anderer Fakultä-

ten wurden durch den erforderlichen Stellentransfer beschädigt – und leiden ebenfalls bis heute darunter.

Diese und weitere Probleme habe ich natürlich auch während meiner eigenen Amtszeit als Rektor zu spüren bekommen. Erlauben Sie mir daher, abschließend Einiges über meine Eindrücke und Erlebnisse aus dieser Zeit zu berichten.

5. Eindrücke und Erlebnisse meiner Rektorzeit

Nach meiner Amtsübernahme im Jahre 1998 habe ich für meine Amtszeit zwei Ziele formuliert:

- Den Erhalt des Fächerspektrums der Universität und
- die Wiedereinführung des 1997 geschlossenen Studiengangs Zahnmedizin.

In der Rückschau kann ich zwar feststellen, dass mir beides gelungen ist, doch das war mit harten Kämpfen verbunden und die Einschnitte kamen zum Teil danach.

Unmittelbar nach meinem Amtsantritt wurde ich mit den Problemen des universitären Studiengangs Bauingenieurwesen konfrontiert. Auf Vorschlag des Planungsstabs für die Ingenieurwissenschaften beschloss die Landesregierung für das Bauingenieurwesen einen universitären Studiengang an der Universität Rostock und einen Fachhochschulstudiengang an der Fachhochschule Wismar. Für beide Studiengänge stammte das Personal von der früheren TH Wismar. Der Beschluss war aber mit einem entscheidenden Fehler verbunden: Es wurde keine Entscheidung über die räumliche Unterbringung des Bauwesens in Rostock getroffen. Die Lehrkräfte bzw. die Studenten mussten zwischen Wismar und Rostock reisen. Der Wissenschaftsrat verlangte eine Klärung der Situation.

Eine der ersten Aktionen meiner Amtszeit war daher eine Verständigung mit dem damaligen Minister Kauffold. Der Minister schlug vor, das wegen eines Neubaus in Dummerstorf frei werdende Oscar-Keller-Institut für das Bauwesen zu nutzen. In der Folge wurde ein Konzept erstellt, dem Wissenschaftsrat vorgelegt und von diesem akzeptiert. Doch damit war das Problem leider nicht gelöst. Es gab ein Veto des Landwirtschaftsministers Backhaus, der die Gebäude für sein Ministerium beanspruchte. Also blieben die Probleme des Bauingenieurwesens bestehen. Mein Nachfolger, Herr Wendel, löste sie schließlich mit der Schließung des Studiengangs.

Ein weiteres Sorgenkind war und ist die Juristische Fakultät in Rostock. Entgegen der Empfehlung des Wissenschaftsrates hatte das Land sowohl in Greifswald als auch in Rostock die Neugründung einer Juristischen Fakultät beschlossen. Obwohl sich beide Fakultäten gut entwickelten, gab es 1999 erneut einen Vorstoß des Wissenschaftsrates, den Studiengang in Rostock wieder zu schließen. Es folgten intensive ein Jahr dauernde Verhandlungen darüber, die Ausbildung in Greifswald und Rostock enger zu verzahnen und mit der Betriebswirtschaft in Rostock zu verknüpfen. Vom Ministerium wurden wir dabei vorbehaltlos unterstützt.

Das mühsam erarbeitete Konzept wurde schließlich unterschrieben von Minister Kauffold, den beiden Rektoren und den Dekanen, in Leder gebunden dem Wissenschaftsrat vorgelegt. Dieser gab seine Zustimmung zum Erhalt beider Fakultäten unter der Voraussetzung der Umsetzung dieses Konzepts. Die weitere Geschichte ist sehr traurig.

Weder von den Greifswaldern noch von den Rostocker Juristen wurde das Konzept umgesetzt. Da ja der Studiengang in Rostock in Frage gestellt war, ist dies aus Rostocker Sicht für mich bis heute völlig unverständlich. Hinzu kamen der Regierungswechsel und damit der Wechsel im Ministeramt von Kauffold auf Metelmann, der sich offenbar nicht mehr an die Unterschrift seines Vorgängers gebunden fühlte. Das Ministerium verfügte die Einstellung der Ausbildung zum Juristischen Staatsexamen und die Reduktion der Juristischen Fakultät auf sechs Professorenstellen. Dies ist der traurige Stand von heute.

Abschließend möchte ich aber noch über eine Erfolgsgeschichte berichten, nämlich über den erfolgreichen Kampf um die Wiedereinführung des Studiengangs Zahnmedizin in Rostock. Wie auch im Falle der Juristenausbildung, so hatte der Wissenschaftsrat empfohlen, die Zahnmedizin-Ausbildung nur an einer der beiden Medizinischen Fakultäten des Landes weiterzuführen. Daher wurde die Zahnmedizin-Ausbildung im Jahre 1997 in Rostock eingestellt. Der Kampf um die Wiedereinführung des Studiengangs zog sich schließlich über meine gesamte 4-jährige Amtszeit hin. In den Medien spiegelte sich damals ein leidenschaftlicher Kampf der Zahnklinik selbst, unterstützt vom Klinikum, der Fakultät, der Universitätsleitung, der Zahnärztekammer und vielen weiteren Institutionen und Einzelpersonlichkeiten. Es gab sehr aufwendige, öffentliche Protestveranstaltungen und zahllose Gespräche mit Vertretern der Lan-

desregierung und der Fraktionen des Landtages. Das ist alles sehr eindrucksvoll und ausführlich dokumentiert in einem Buch von Armin Andrä und Heinrich von Schwanewede mit dem Titel „Vom Barbieramt zur modernen Klinik“, das im Jahre 2011 erschienen ist. Die Fronten zwischen der Landesregierung und der Universität waren damals total verhärtet. Durch Protestaktionen war die Landesregierung nicht zu beeindrucken. Charakteristisch ist ein Ausspruch des damaligen Ministerpräsidenten Ringstorff: „Zahnmedizin nur über meine Leiche“.

Um den Erfolg der Bemühungen nach vier Jahren zu verstehen, muss man aber wissen, was hinter den Kulissen geschah und dem zufolge in den Medien nicht sichtbar war:

Die Schließung im Jahre 1997 erfolgte durch den Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU. Aufgrund der offensichtlichen Unbeugsamkeit der SPD in dieser Frage, konnte der Schlüssel für die Rücknahme dieser Entscheidung nur darin bestehen, die Position der CDU-Fraktion umzudrehen. Dass dies tatsächlich gelang, hing entscheidend mit zwei Fakten zusammen:

1. Einem überzeugenden Konzept
2. Die hochschulpolitische Sprecherin der CDU, die ehemalige Ministerin Steffie Schnoor, änderte ihre Position und leistete ihrerseits Überzeugungsarbeit in ihrer Fraktion.

Inzwischen liegt das Geschehen zwölf Jahre zurück. Daher glaube ich, dass es jetzt möglich ist, etwas Persönliches dazu zu sagen:

Ich habe in Schwerin während meiner Zeit als Hochschulabteilungsleiter sehr konstruktiv und vertrauensvoll sowohl mit Herrn de Maizière als auch mit Frau Schnoor zusammengearbeitet. Zwischen uns bestand immer ein gutes Einvernehmen. Das setzte sich auch danach fort. In meiner Rektorzeit hatte ich viele vertrauliche Gespräche mit Frau Schnoor – insbesondere über das Thema Zahnmedizin und ich liege sicher nicht ganz falsch, wenn ich den Sinneswandel von Frau Schnoor in nicht unerheblichem Maße als Entgegenkommen an den damaligen Rostocker Rektor interpretiere. Wie auch immer – es kam schließlich zu einer Abstimmung im Landtag, in der mit den Stimmen vom CDU und PDS die Wiedereinführung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock beschlossen wurde. Für mich war das natürlich der krönende Abschluss meiner Amtszeit.

Tagungen - Veranstaltungen - Ausstellungen

Im Berichtsjahr gab es mit Beteiligung von VERS-Mitgliedern eine ganze Reihe interessanter Veranstaltungen unter Bezugnahme auf das Jahr 1989.

Der **18. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** im Sächsischen Landtag in Dresden am 25.-27. April 2014 befasste sich mit der „Zeitenwende 1989“. Drei Podiumsdiskussionen setzten sich mit den folgenden Themen auseinander: „Der Epochenumbbruch 1989/90 – Geschichtsbilder im Wandel“, „Anerkennung und Rehabilitierung von kommunistischem Unrecht“ und „Fragen an die Vergangenheit – neue Blicke auf die DDR“. Mit einer Gedenkstunde in der Gedenkstätte Bautzner Straße, die an die Opfer der sowjetischen Militärjustiz erinnerte, endete der Kongress. Der 19. Bundeskongress der Landesbeauftragten wird am 8.-10. Mai 2015 in Fulda stattfinden. (ado/ans)

Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung am 28. April 2014 veranstalteten diesjährigen **Belter-Dialoge** in der Universität Leipzig standen unter dem Motto „Impulse zu Zivilcourage und Widerstand - Militarisierung von Staat und Gesellschaft in der DDR“. Wie weit reichte die vom Kindergarten bis ins späte Berufsleben alltägliche militärische Indoktrination wirklich? Konnte man sich ihr entziehen? (muw)

Mehr als 80 ehemalige politische Häftlinge, von denen die meisten lange Jahre in den sowjetischen Lagern verbracht hatten, und deren Angehörige waren zur diesjährigen **Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion** vom 30. Mai bis zum 1. Juni 2014 nach Karlsruhe gekommen. Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup begrüßte sie als gern gesehene Gäste in der Stadt des Rechts. Dabei würdigte er ihren frühen Widerstand in der SBZ/DDR gegen das kommunistische Unrecht als einen Beitrag dazu, dass wir heute in einem vereinten freiheitlichen Rechtsstaat leben.

Die Tagung stand unter dem Motto *Die Frauen im GULag*. Zu diesem Thema referierte der Historiker Dr. Meinhard Stark, der sich seit langem ausführlich mit diesem Thema befasst und auch darüber publiziert hat. Unter den Teilnehmern waren einige Frauen, die die Härte des GULags

am eigenen Leibe erlebt hatten, und ihre spontanen Beiträge zum Thema erschütterten alle. Mit großer Überwindung und unter Aufbietung aller Kräfte berichteten sie von den schier unvorstellbaren Grausamkeiten des Lagerlebens. Diese kurzen, unvorbereiteten Schilderungen machten zu tiefst betroffen und gaben der gesamten Veranstaltung eine ganz besondere Authentizität.

Große Anerkennung erfuhr Stefan Krikowski für die von ihm und seiner Frau Margreet Krikowski mit hoher Perfektion und sehr starker Aussagekraft gestaltete Internet-Seite www.workuta.de. In einer verkürzten Fassung gab er einen Einblick in die Biografien von 36 ehemaligen deutschen GULag-Häftlingen, die in der SBZ/DDR von sowjetischen Militärtribunalen zu Unrecht zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt waren.

Edda Ahrberg berichtete in einem Referat über eine von ihr vorbereitete und geleitete Gruppenreise im Jahr 2013 nach Workuta. (moe)

In Schwerin wurde die Ausstellung **GULAG, Spuren und Zeugnisse 1929-1956** mit einer Veranstaltung im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters am 17. Juli 2014 eröffnet. Es sprachen Anne Drescher, Landesbeauftragte für M-V für die Stasi-Unterlagen, Sebastian Schröder, Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V, Rikola-Gunnar Lüttgenau, Stellvertretender Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Arseni Roginski, Vorsitzender der Gesellschaft „Memorial“ Moskau. (ado)

Die im Schweriner Marstall gezeigte Ausstellung **GULAG, Spuren und Zeugnisse 1929-1956** wurde in Zusammenarbeit der Gesellschaft „Memorial“ Moskau und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen präsentiert. Ziel der Ausstellung war es, einen Einblick zu liefern in das GULag-System, das über die gesamte Sowjetunion ausgebreitet war, sowie auf die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Lagern hinzuweisen. Hervorgegangen ist die Ausstellung aus der Sammlung der Gesellschaft „Memorial“ Moskau, in der von Betroffenen oder deren Angehörigen übergebene Erinnerungsstücke bewahrt werden. Zufallsfunde aus den Überresten von aufgelösten und verfallenen Lagerkomplexen liefern wertvolle Ergänzungen. Bilder und Lebensläufe von Häftlingen geben der Ausstellung ein Gesicht. Mithilfe von Texttafeln wird der Besucher durch die Ausstellung geleitet.

Lebendig wird aber all das gezeigte Material erst durch die Stimmen der ehemaligen Lagerinsassen. Briefe aus dem Lager und ins Lager, Gedichte und Prosatexte von Ehemaligen, Berichte vom Leben und Sterben im Lager. So werden die materiellen Zeugnisse zu dem, was sie sein sollen – materielle Beweisstücke. Denn der Gulag – das sind in erster Linie die Menschen und ihre Schicksale. So drückt es Arseni Roginski, Historiker und Gründungsmitglied von „Memorial“, in seinem Vorwort zum Begleitband der Ausstellung aus.

Während der Dauer der Ausstellung von Mitte Juli bis Ende Oktober 2014 konnten etwa 5.000 Besucher gezählt werden. „Die Ausstellung hat das große Interesse der Menschen im Land für die Aufarbeitung der Geschichte der Zwangsarbeits- und Straflager gezeigt“, sagte die Landesbeauftragte Anne Drescher.

Ergänzt wurde die Ausstellung durch ein umfangreiches Begleitprogramm von Vorträgen, Lesungen, Filmvorführungen, Konzerten und durch Zeitzeugengespräche. Zwei auch überregional beachtete Fachtagungen zu Beginn und zum Ende der Ausstellung befassten sich mit dem Gulag und dem „Jahrhundert der Lager“ sowie der Traumaweitergabe über Generationen.

Ein Begleitband zur Ausstellung ist im Wallstein Verlag Göttingen erschienen (ISBN 978-3-8353-1050-6) und für 14,90 € im Buchhandel oder über den Onlineshop der Gedenkstätte Buchenwald erhältlich.

(moe)

Auf dem **7. Jahreskongress zur politischen Bildung** in der Hochschule Wismar am 12. September 2014 mit 150 Teilnehmern stand das Thema „Medien und politische Bildung“ zur Diskussion. Der Intendant des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Lutz Marmor, sprach über die Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung in den Medien.

Anschließend diskutierten im Podium Lutz Marmor, Mathias Brodkorb (Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V), Dr. Gudrun Heinrich (Universität Rostock), Andreas Ebel (Chefredakteur Ostsee-Zeitung), Klaus-Dieter Kaiser (Direktor Evangelische Akademie der Nordkirche) und Jochen Schmidt (Direktor der Landeszentrale für politische Bildung M-V) die Rolle und die Grenzen von Medien als Politikvermittler.

In sechs Workshops wurde über die Bedeutung und Vielfalt von Medien in der politischen Bildungsarbeit an Schulen debattiert.

(ado)

Das dreitägige **12. Häftlingstreffen in Bützow** Ende September 2014 stand unter dem Leitthema „Von der Diktatur zur Demokratie in der DDR“. Dazu gab es im Foyer des Rathauses eine informative Ausstellung „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg und Vorpommern 1989/90“. Namhafte Persönlichkeiten wandten sich mit einer Reihe von Themen speziellen Fragestellungen zu, wie „Der ostdeutsche Herbst 1989 - Wende oder Revolution?“, „Die Gründung der SDP in der DDR 1989“, „Die ‘Runden Tische’ 1989/90 in der DDR“, „Kabarett in der DDR zwischen MfS und SED“. Wie in den Vorjahren gab es im Geschwister-Scholl-Gymnasium in Bützow Gesprächsrunden mit Zeitzeugen zur DDR-Geschichte. (ado)

Ein besonders bewegendes Erlebnis war der zentrale **Festakt zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution am 9. Oktober 2014 im Leipziger Gewandhaus**. Am 9. Oktober 1989 waren in Leipzig mehr als 70.000 Menschen auf die Straße gegangen, um Freiheit und Demokratie zu fordern. Nur einen Monat später, am 9. November, fiel die Berliner Mauer. In Anwesenheit der Staatspräsidenten von Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei betonte Bundespräsident Gauck in seiner Rede, dass „die Erfahrung der Sehnsucht nach Freiheit und die Genugtuung, sie errungen zu haben, die Menschen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks verbinde“. (ado)

In einer gemeinsamen **Festveranstaltung im Schweriner Staatstheater** haben die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein **am 9. November 2014** den Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren gewürdigt. Ministerpräsident Torsten Albig aus Kiel erhielt besonderen Beifall für seine ehrliche und selbstkritische Rede. Wie viele seiner Generation habe er die Teilung als Fakt hingenommen, räumte er ein. Viele hätten den Traum von der Wiedervereinigung nicht mehr geträumt. Albig dankte den Ostdeutschen im Namen seiner Generation. „Wir sagen viel zu selten danke dafür, dass die Menschen im Osten diese Revolution gewagt haben.“ Zeitzeugen, wie Wismars langjährige Bürgermeisterin Dr. Rosemarie Wilcken und der ebenfalls langjährige Landrat von Nordvorpommern, Wolfhard Molkenthin, berichteten in einer Podiumsdiskussion von der späten DDR und dem Umbruch. (ado)

Veranstaltungen der BStU-Außenstelle Rostock

In der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haftanstalt der Stasi in Rostock veranstaltete die BStU-Außenstelle Rostock mehrere hervorragende Vorträge, Lesungen, Filmvorführungen und Ausstellungen.

- **Ziel: Umerziehung. Die Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR** – war vom 6. Februar bis 1. März 2014 der Titel einer Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendhof Torgau.

- Am 6.3.-13.4.2014 wurde die von der Robert-Havemann-Gesellschaft inszenierte Ausstellung **Jugendopposition in der DDR** gezeigt. Anhand von 18 Postern wurden junge Oppositionelle - so auch Arno Esch – vorgestellt.

- Nach einem Vortrag von Dr. Georg Diederich, Direktor des Heinrich-Theissing-Institutes Schwerin, zum Thema **Kirche unter Diktaturen** stellte Dr. Peter Uebachs am 24. April in einer Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Thomas-Morus-Bildungswerk sein Buch **Stasi und Studentengemeinde** vor.

- **Leben in der Utopie. Der DDR-Alltag und der VEB Horch und Guck.** In dieser Foto-Ausstellung vom 14.5. bis 5.7.2014 wurde die DDR so gezeigt, wie sie war. In ihrer ungeschönten Realität waren die Bilder der Stasi mehr als nur unbequem und füllten die Stasi-Akten des Fotografen.

- **Rotlichtmilieu in Rostock. Prostitution in der DDR und die Stasi** war Thema eines Vortrags mit anschließendem Gespräch am 17. Juni. Offiziell galten Prostituierte in der DDR als Asoziale, dennoch nutzte die Stasi sie besonders in den Interhotels als IM für ihre Zwecke.

- Am Tag des offenen Denkmals, am 14. September, stand in Rostock die ehemalige Stasi-Haftanstalt als **Relikt einer Diktatur – Unterwegs im Stasi-Gefängnis** den Besuchern offen. In einer Ausstellung wurden Bilder vom Fall der Mauer und aus den Jahren der Wende unter dem Titel **Neue Zeit** gezeigt. In einem Vortrag stellte Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin, ihre Forschungsergebnisse zu den Geschehnissen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze unter dem Thema **Das DDR-Grenzregime im Nordwesten und die Stasi** vor.

- In der Langen Nacht des Museums, am 25. Oktober, war die Gedenkstätte geöffnet. Das Programm thematisierte die Fluchtversuche über **Die unsichtbare Mauer**. Dr. Volker Höffer, Leiter der BStU-Außenstelle Rostock, eröffnete die Ausstellung **Über die Ostsee in die Freiheit** und moderierte die Filmpremierre **Die Flucht**.

- Die DDR-Jugend galt der SED als Zukunftsgarant für den Sozialismus. Doch aus gutem Grund war die Stasi stets misstrauisch. **Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee**. In einer Ausstellung vom 19.11. bis zum 16.12.2014 wurde dieses Spannungsfeld gezeigt.

- **Geheimpolizei am Ende – Die Besetzung der Rostocker Stasi am 4. Dezember 1989** war das Thema zum 25. Jahrestag. In einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „**Wir wollen rein**“ kamen Zeitzeugen der Ereignisse in der Nacht vom 4.-5. Dezember 1989 zu Wort. Anschließend fand die Filmvorführung **Macht und Ohnmacht – Die Staatssicherheit in Rostock** statt.

Aus der UOKG

Das erste diesjährige **UOKG-Verbandetreffen** fand am **1.-2. März 2014** statt. Nach der Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden Rainer Wagner wurden drei Vorträge angeboten.

Stasi-Stadt - Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang

Dr. Christian Halbrock, BStU, Historiker

Dr. Halbrock informierte darüber, dass er zum Thema bereits die Bücher „Mielkes Revier“ und „Stasi-Stadt“ verfasst hat. Die Gegend um die MfS-Zentrale galt als „Unort“, es wohnten allerdings nicht nur MfS-Angehörige in der Umgebung. Die Staatssicherheit habe zunächst das ehemalige Finanzamt als Zentrale verwendet. Seit 1962 stand das Haus 1 Mielke als Dienstsitz zur Verfügung. 1984 fanden Umbauarbeiten statt, aus den dazugehörigen Unterlagen weiß man, wer in welchem Büro saß, ältere Unterlagen existieren nicht. Für die Errichtung eines sehr großen MfS-Nutzbaus riss man eine von dem Architekten Bruno Taut erbaute Kirche ab. In der Magdalenenstraße befand sich ein russisches Gefängnis, das 1956 dem MfS übergeben wurde.

Das DDR-Militärstrafgefängnis in Schwedt/Oder - Baugeschichte, Bestandsdokumentation und Zeitzeugenberichte

Torsten Dressler, Denkmalpfleger und Archäologe

Herr Dressler berichtete, dass er 2010 bis 2013 vor Ort eine Bestandsdokumentation vorgenommen habe, einige Teile existierten heute schon nicht mehr. Ab 1964 nutzte man zunächst ehemalige Wohnbaracken aus der Aufbauphase des Kombinats PCK Schwedt für die Unterbringung der Gefangenen. 1965 traf ein Sondertransport mit Wehrdienstverweigerern aus Berndshof ein, die isoliert werden sollten. Auf dem Gelände nahm eine der Zwangsarbeit dienende Produktionsstätte den größten Raum ein. Die Haftzeiten schwankten zwischen einem halben Jahr und zwei Jahren. Bei Haftstrafen über zwei Jahren erfolgte die Einweisung in ein normales Gefängnis. Ab 1982 gab es eine Disziplinareinheit, fortan war eine Einweisung auch ohne Gerichtsurteil möglich.

Ende gut - alles gut? Zu den Ergebnissen der Brandenburger Enquetekommission *Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur*

Tobias Franke-Polz, Referent Enquetekommission, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag

Herr Franke-Polz führte aus, dass die Enquetekommission 2009 auf Vorschlag der Grünen ihre Arbeit aufnahm. 40 Sitzungen wurden durchgeführt und 30 Gutachten erstellt. Besonders beeindruckt seien die Politiker auch von den Zeitzeugenberichten politisch Verfolgter gewesen. Die Enquetekommission beschloss u.a. die folgenden Handlungsempfehlungen: Im Land Brandenburg soll ein Härtefallfonds für politisch Verfolgte eingerichtet werden. Klagen gegen die Ablehnung von verwaltungsrechtlicher oder beruflicher Rehabilitierung sollen nicht mehr, wie bisher in Brandenburg praktiziert, kostenpflichtig sein. Eine bessere finanzielle Förderung Brandenburger Opferverbände wird angestrebt. Auf Initiative der Grünen plant man, das DDR-Militärstrafgefängnis in Schwedt/Oder zu einem Gedenkort auszugestalten. Eine einheitliche Verfahrensweise bei Stasi-Überprüfungen wurde beschlossen, so findet eine Überprüfung der Richter in Brandenburg auf Stasi-Tätigkeit statt.

In der anschließenden Mitgliederversammlung wurde neben der Behandlung von aktuellen Themen die UOKG-Tagungsbroschüre „**Defizite bei Rehabilitierung und Entschädigung von SBZ/DDR-Opfern**“ vorgestellt.

Beim **Verbandetreffen am 14.-15. Juni** fanden folgende Vorträge statt:

Dissidenten für Devisen – Die Entwicklung des Häftlingshandels zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland

Hendrik von Quillfeldt, M.A., MBA, Unternehmer

Herr von Quillfeldt berichtete, dass von 1962/63 bis 1989 durch die Bundesrepublik über 33 000 Häftlinge gegen Geld oder Waren freigekauft wurden. Initiator des Häftlingsfreikaufs war zunächst die Kirche, sie konnte 300 Häftlinge freikaufen, indem das Diakonische Werk der DDR Waren übergab. In der Rechtsschutzstelle in Westberlin gingen die Informationen ein, wer aus welchen Gründen inhaftiert worden war, und es konnte so entschieden werden, wer zum Freikauf bestimmt ist. Die Ver-

handlungen darüber mit der Bundesregierung führte Ludwig Rehlinger. Der Richtsatz für den Freikauf einer Person betrug schließlich 40 000 DM. Die Zahlen der Freigekauften schwankten, ein Hoch gab es in den Jahren 1971 (1300) und 1984/85 (jeweils über 2000). Bis 1972, als erstmals Berichte darüber in der Westpresse erschienen, wurde das Freikaufgeschäft von beiden Seiten geheim gehalten. In einigen Fällen fälschte die DDR Unterlagen und ließ auch Kriminelle freikaufen.

Vorstellung der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden und ihrer Bildungsarbeit

Uljana Sieber, Gedenkstättenleiterin

Frau Sieber führte aus, dass der Ort bis Mitte der 50er Jahre als zentrales Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes und im Anschluss daran als Dresdner MfS-Zentrale und Untersuchungshaftanstalt diente. 1991-93 befand sich die BStU-Außenstelle Dresden auf dem Gelände. Dann stand das Objekt leer, ab 1994 gab es sporadisch Führungen. Siegmund Faust gründete als damaliger sächsischer Landesbeauftragter den Verein „Erkenntnis durch Erinnerung“ und das Hafthaus kam in dessen Trägerschaft. 2011 beschloss der Dresdner Stadtrat, auf den Verkauf eines wichtigen Zwischengebäudes zu verzichten, das dann im Mai 2014 der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Zu besichtigen sind nun die Haftkeller des sowjetischen Geheimdienstes, die Stasi-U-Haft, der Beratungsraum des letzten Dresdner MfS-Chefs und der MfS-Festsaal. Wichtig ist die Zeitzeugenarbeit und das Sammeln von Zeitzeugenbiographien. Im Projekt „Gedenken“, das fast zwei Jahre lief, führten 60 Schüler Interviews mit Zeitzeugen. Ein „Ort der Stille“ mit kleinen Skulpturen wurde geschaffen und ein Tanztheaterstück aufgeführt. Im zweiten Teil des Projekts standen die Familien der politisch Verfolgten im Mittelpunkt. In der Gedenkstätte kann als Angebot für Schüler das Projekt „Gefängnis DDR“ gebucht werden mit einer jeweiligen Länge von 3-4 Stunden.

Der wissenschaftliche Wert der Dissertationen an der Juristischen Hochschule des MfS

Stephan de Reese, Polizeirat

Herr de Reese erläuterte, dass die Juristische Hochschule des MfS 760 Mitarbeiter und 3.300 Absolventen hatte sowie über 30 Lehrstühle ver-

fügte. Die letzten Diplomabschlüsse erfolgten noch im Januar 1990. Ein Diplomstudiengang dauerte 4 Jahre, aber auch ein Fernstudium war möglich. 476 mal vergab die Juristische Hochschule das Promotionsrecht, darunter nur in acht Fällen an Personen, die nicht beim MfS tätig waren. Herr de Reese bilanzierte: Die Dissertationen seien aufschlussreich, um etwas über den inneren Orientierungshorizont des MfS zu erfahren.

Die strafrechtliche Aufarbeitung der Misshandlung von Gefangenen in den Haftanstalten der DDR

Dr. Micha Pfarr, Jurist

Herr Dr. Pfarr berichtete, seit 1968 habe das Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz den Umgang mit Gefangenen geregelt. Es wurde 1977 abgelöst durch das Strafvollzugsgesetz. Als Disziplinarmaßnahme war danach die Anwendung körperlicher Gewalt zwar erlaubt, wenn es um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ging, jedoch nicht, um Vergehen zu ahnden. Dr. Pfarr unterschied die folgenden Fallgruppen: Misshandlungen wegen Verstößen gegen die Ordnung/ Provokationen/ Misshandlungen, nachdem Gefangene gegen die Misshandlung anderer Häftlinge protestiert hatten/ Nötigung, mit der ein bestimmtes Verhalten erzwungen werden sollte/ Gewaltanwendung gegen Frauen. Bei der Mehrzahl der untersuchten Fälle handelte es sich um die Misshandlung politischer Häftlinge. Seit den 90er Jahren ist eine vorher geltende 5-jährige Verjährungsfrist dann außer Kraft zu setzen, wenn die Misshandlungen noch nicht geahndet wurden und im Auftrag der Staatsmacht erfolgten. Es kam zu 5.000 – 6.000 Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, da Beweise fehlten, resultierten daraus nur 79 Gerichtsverfahren. 25 Verfahren endeten mit Geldstrafen, 14 mit Bewährungsstrafen, es gab 15 Freisprüche. Fehlende Vorstrafen waren ein Strafmilderungsgrund. Zu den seltenen Fällen, in denen es zu einer Haftstrafe kam, gehörte die Verurteilung des Wärters „Roter Terror“ aus Cottbus, bei dem das Strafmaß zwei Jahre Haft ohne Bewährung lautete. 100 Todesfälle im DDR-Strafvollzug konnten nicht aufgeklärt werden. Man hätte, so Dr. Pfarr bilanzierend, ein Sonderrecht für DDR-Unrecht schaffen müssen, um mehr Verurteilungen erreichen zu können.

Auf dem **UOKG-Verbandetreffen am 29.-30.November** standen u.a. die folgenden Themen auf der Tagesordnung:

Haftzwangsarbeit für die Reichsbahn der DDR – Geschichte und Verantwortung

Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender der UOKG

Kai Wegner, MdB, Fraktion der CDU/CSU

N.N., MdB, Fraktion der SPD (angefragt)

Die geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten

Dr. Rita Sélitrenny, Politikwissenschaftlerin

Die Zersetzungsmaßnahmen des MfS

Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Schwerin, Politikwissenschaftlerin

Die indiskrete Gesellschaft – Denunziation, Nomenklaturkader und MfS-Informanten jenseits der IM

Christian Booß, Historiker und Journalist, BStU

Der UOKG-Kongress mit dem Motto „*Ein Licht der Hoffnung und des Anstands*“ - Formen des Widerstandes und der Opposition: 20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989“ fand am 15. November 2014 in der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße in Berlin statt.

Dr. Axel Smend, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944, sprach zum Thema „Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Rezeption bis heute“.

Horst Schüler, Ehrenvorsitzender der UOKG, referierte über „Die betrogene Generation – Der frühe Widerstand in der SBZ/DDR“ und forderte, den frühen Widerstand historisch einzuordnen und dessen Vertreter nicht zu vergessen. Er erinnerte an den Aufstand in Workuta, an Arno Esch, an den Widerstand der Oberschüler, an die Belter-Gruppe in der Leipziger Universität, an die vielen Sozialdemokraten, die sich der SED verweigert hatten, und schließlich an die etwa tausend deutschen Frauen und Männer, die zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossen wurden. Viele Glieder einer Kette hätten erst zur deutschen Einheit geführt.

Dr. Ehrhart Neubert, Theologe, gab einen Überblick zur „Geschichte der DDR-Opposition 1949-1989“. Er begründete die Unterscheidung von Widerstand und Opposition, die beide das gleiche Ziel haben: das Recht wieder herzustellen. Die Vertreter des frühen Widerstands wehrten den Anfängen, sie richteten sich gegen die Etablierung des kommunistischen Systems. Dieser Widerstand gipfelte im Volksaufstand am 17. Juni 1953, dessen brutaler Niederschlagung dann eine lange Phase der Resignation folgte. Erst in den 80er Jahren konnten sich unter dem Schutz der Kirchen neue oppositionelle Strukturen ausbilden. Viele wollten nun einen neuen, reformierten Sozialismus begründen – eine bessere DDR.

Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. „In der Wahrheit leben: Methoden und Inhalte der oppositionellen Gruppen vor und während der Revolution“ war ihr Thema. Sie betrachtete die kritischen marxistischen Gruppen der 70er Jahre, die christlichen Bewegungen sowie die Künstler und Intellektuellen, die konspirativ neue Gesellschaftsformen diskutiert hatten und für die der Marxismus noch die Alternative einer befreiten Gesellschaft geboten hatte. Ihnen folgten die Friedensbewegung und die Menschenrechts-, Frauen- und Dritte-Welt-Gruppen, die bereits freie Wahlen forderten.

Die weiteren Vorträge:

Prof. Dr. Manfred Wilke, Soziologe und Publizist

Zur Doppelverfolgung von Heinz Brandt unter den Nationalsozialisten und in der SBZ/DDR

Prof. Dr. Daniela Münkler, BStU, Historikerin

Herbst '89 im Blick der Stasi - die geheimen MfS-Berichte an die SED-Führung

Dr. Matthias Braun, BStU, Theaterwissenschaftler

Von der Bühne auf die Straße - Künstler und die friedliche Revolution

Hinweis: *Als Bevollmächtigte des VERS haben Inge Bennewitz und Dr. Joachim Völter an den UOKG-Tagungen teilgenommen. Die ausführlichen Protokolle können bei Dietmar Kausch angefordert werden (Anschrift auf der letzten Seite dieser Ausgabe).*

Aus der Universität Rostock

Das Universitätsmagazin **Profile** ist bisher in vierteljährlicher Folge erschienen und hat über die Ereignisse informiert, die das Gesicht der Universität Rostock bilden. Jetzt wird pro Semester ein Heft herausgegeben. Die nächste Ausgabe wird zum Ende des Wintersemesters 2014/15 vorliegen.

Die **Ausgabe 1/2014** widmet sich in mehreren Beiträgen dem Thema Gesundheit und Gesundheitsmanagement. Dabei spielt das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz eine besondere Rolle.

Als herausragendes Forschungsvorhaben ist die Erstellung einer Uwe-Johnson-Werkausgabe an der Universität Rostock innerhalb des Programms der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften unterzeichnet worden. Auf der Grundlage des Nachlasses von Uwe Johnson soll in 40 Bänden innerhalb von 24 Jahren eine auf Vollständigkeit angelegte historisch-kritische Ausgabe in drei Abteilungen erarbeitet werden: Werke, Schriften und Briefe. Die Federführung wird bei Prof. Holger Helbig liegen. Getragen wird das Projekt vom Land Mecklenburg-Vorpommern, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, einem privaten Stifter, der Uwe Johnson-Gesellschaft und der Hansestadt Rostock.

Innerhalb des Festaktes zur Aufnahme der Uwe-Johnson-Werkausgabe in das Akademie-Programm ist der Unternehmer Dr. Ulrich Fries für seine besondere Verbundenheit mit der Universität mit der goldenen Ehrennadel der Universität Rostock ausgezeichnet worden. Diese Auszeichnung ist bisher erst zweimal verliehen worden. Dr. Fries stiftete die Uwe-Johnson-Professur und ermöglichte, dass die Uwe Johnson-Gesellschaft in Rostock angesiedelt und das Uwe Johnson-Archiv von Marbach am Neckar nach Rostock verlegt wurden. Das Archiv bildet die Grundlage für die angestrebte Werkausgabe, die nun als Akademievorhaben in Rostock entsteht.

Traditio et Innovatio, das Forschungsmagazin der Universität Rostock, berichtet in der **Ausgabe 1/2014** über eine Veranstaltungsreihe zum Themenkomplex „Denkwerkstatt Demografie“ im WissenschaftsForum Berlin am Gendarmenmarkt, an der u.a. die Universität Rostock und das Max-Planck-Institut für Demografische Forschung Rostock beteiligt waren. Jeweils zwei renommierte Experten gaben Impulse für die aus 30 bis 40 Teilnehmern bestehende Gesprächsrunde.

Schwerpunkte sind die Themen:

Prof. James W. Vaupel und Prof. Olaf Wolkenhauer: Demografie und Biologie der Langlebigkeit - Das Altern aus den Blickwinkeln unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen

Prof. Roland Rau und Prof. Katrin Sternberg: Medizintechnologie - die Grundlage unseres langen Lebens? – Zugewinne der Lebenszeit und Steigerung der Lebensqualität durch Implantate

Prof. Gabriele Doblhammer-Reiter und Prof. Elisabeth Steinhagen-Thiessen: Demenz – Wie können die medizinische Versorgung und Pflege gesichert werden?

Prof. Christian Pfeiffer und Prof. Jürgen von Wensierski: Fremde Welten? - Herausforderungen der gesellschaftlichen Integration deutscher und ausländischer Jugendlicher

Prof. Klaus Hurrelmann und Prof. Wolfgang Schareck: Gehen uns die Akademiker aus? - Bildungspolitische Herausforderungen der alternden Gesellschaft aus Sicht der Gesellschaft und der Universität

Prof. Robert Fenge und Prof. Bernd Rürup: Rente mit 70plus? Wege zu einer generationengerechten und nachhaltigen Altersversorgung in der Bundesrepublik

Die **Ausgabe 2/2014** konzentriert sich auf die Universität Rostock und vermittelt einen Einblick in die Vielfältigkeit der dort anstehenden aktuellen wissenschaftlichen Arbeiten. Alle Fakultäten sind jeweils mit einem Beitrag vertreten. Dabei ist der Nachwuchsforschung im Bereich Medizin breiter Raum gegeben. Aber auch auf anderen Gebieten kommt der akademische Nachwuchs zu Wort.

Von auffälligem Interesse ist wegen seiner politischen Aktualität ein Beitrag über die internationalen Kooperationen am Lehrstuhl für Zeitgeschichte von Prof. Creuzberger. Besonders diejenigen, die während der VERS-Tagung 2013 in Kühlungsborn den Vortrag von Prof. Creuzberger über Konrad Adenauer gehört haben, werden eine interessante Ergän-

zung dazu in diesem Beitrag finden. Hier wird die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen angesprochen. Dabei kommt Dr. Aleksej Sorokin von der Universität Omsk, Russland, zu Wort, der als Gast am Rostocker Lehrstuhl für Zeitgeschichte in deutsch-russischer Forschungskoooperation für drei Monate tätig war. Im Rahmen seiner Promotion hatte er sich bereits im Jahr 2006 mit der Ostpolitik von Bundeskanzler Adenauer in der deutschen Historiographie beschäftigt. Sein aktueller Forschungsschwerpunkt ist „Das Russlandbild im politischen Denken Deutschlands 1949-1971“. Dabei stehen Konrad Adenauer und Willy Brandt als Protagonisten im Zentrum seines Interesses. Dazu konnte er nun durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtige Recherchen betreiben.

Eine **Sonderausgabe von Traditio und Innovatio 2014** ist anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Rechenzentrums erschienen. Ausführlich und eindrucksvoll wird in einer Vielzahl von Beiträgen die rasante Entwicklung vom Rechenzentrum im engbegrenzten Büroraum des Hauptgebäudes der Universität zum IT- und Medienzentrum im modernen Gebäudekomplex dargestellt. In ihrem Editorial fasst die Leiterin des IT- und Medienzentrums, Frau Dr.-Ing. Christa Radloff, die technische Entwicklung von den ersten kleinen Anfängen bis in die Gegenwart zusammen. Eine Zeittafel gibt den Überblick zu den entscheidenden Ereignissen während dieser fünfzig Jahre. „Die Geschichte des Rechenzentrums“ ist der Untertitel eines Aufsatzes, in dem der Pioniergeist der Mitarbeiter in der Anfangsphase noch einmal deutlich wird und gleichzeitig der Weg in die Gegenwart verfolgt wird. Das verbreitete Schlagwort „Digitale Revolution“ bekommt in der Summe der hier vorgelegten Beiträge einen konkreten Inhalt. „Waren es zu Beginn nur wenige Nutzer, die per Lochkarte oder Lochstreifen ihre Aufträge zum Rechnen abgegeben haben, so nutzen jetzt alle Studierenden und Mitarbeitenden der Universität in verschiedenster Weise direkt oder indirekt die bereitgestellten Dienste.“

Kalenderblätter

Die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät“ erinnerte in ihren monatlich herausgegebenen Kalenderblättern im April 2014 an Prof. Dr. Ernst-Albert Arndt. Der VERS dankt Frau Dr. Gisela Boeck für die Textfreigabe.

KALENDERBLATT APRIL 2014

In Memoriam Ernst-Albert Arndt (1927-2014)

Nun kann man seine laute, begeisternde Stimme nicht mehr hören...

Ernst-Albert Arndt ist nach einem erfüllten und glücklichen Leben im Februar 2014 im Alter von 86 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben. Die Universität Rostock verliert mit ihm einen akademischen Lehrer, der Generationen von Studenten mit seiner sprühenden Begeisterung für die Zoologie und Meeresbiologie prägte und einen anerkannten Forscher, der nie seine Neugier und die Faszination für die Wissenschaft verlor.

E.-A. Arndt wurde in Rostock geboren und hat hier die längste Zeit seines Lebens verbracht. Prägende Jahre seiner Kindheit erlebte er in einem kleinen Dorf nahe Alt-Schwerin, wo Interesse und Verbundenheit zur Natur ihren Anfang nahmen. Er besuchte von 1937 bis 1946 die Große Stadtschule in Rostock, unterbrochen durch Luftwaffenhelfer- und Arbeitsdienstzeit. Immer wieder hat er die besondere Bedeutung dieser Schuljahre, insbesondere den Einfluss seiner humanistischen Lehrer, hervorgehoben, die ihn entscheidend prägten. Während der Schulzeit entdeckte er sein zeichnerisches Talent, was ihm später die Bewunderung der Studenten bei seinen vielfarbigen Tafelbildern einbrachte.

Von Februar 1946 bis 1951 studierte er Biologie an der Rostocker Universität, promovierte 1954 und habilitierte sich 1959. Sein Einstieg in die Hochschullehrerlaufbahn in der DDR wurde erst möglich, nachdem sich der renommierte Professor Josef Spek (1895-1964), der von Heidelberg an die Universität Rostock gekommen war, dafür eingesetzt hatte. Zu Beginn der 1960er Jahre wurde Herr Arndt, der bis dahin auf den Gebieten Entwicklungsphysiologie und Histochemie der Fische wissenschaftlich tätig war, vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen angehalten, seine Tätigkeit vorrangig auf meeresbiologische Forschungen auszurichten, und er wurde mit der Leitung der Abteilung Meeresbiologie und Spezielle Zoologie beauftragt. Diese Neuausrichtung seiner Forschungstätigkeit, die er mit seinem ihm eigenen Enthusiasmus in Angriff nahm, sollte wenige Jahre später - den Bestrebungen der Umstrukturierung der gesamten Hochschullandschaft in der DDR durch die Dritte Hochschulreform zum Trotz - das Verbleiben der Ausbildung von Biologen an der Universität Rostock sichern. Von 1968 bis 1992 war Herr Arndt als ordentlicher Professor für Meeresbiologie tätig und übernahm – schon im Ruhestand – die Vertretung der Professur für die Allgemeine und Spezielle Zoologie und Meeresbiologie bis 1995.

In der akademischen Selbstverwaltung war Professor Arndt als Direktor der Sektion Biologie (1977–1981) und als Senator des Akademischen Senats der Universität Rostock (1993–1995) tätig, hatte die Funktion des Gründungspräsidenten der Ostseemeeresbiologen (**B**altic **M**arine **B**iologists) von 1968–1975 inne und war von 1981–1985 erneut Präsident der BMB.

Unmittelbar nach der Wende engagierte sich Professor Arndt im Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS). Er war langjährig Mitglied des Vorstandes und Leiter der Sektion Rostock. Als Mitglied im Beirat der Stiftung Deutsches Meeresmuseums von 1994 bis 2006 und Leiter desselben von 1994–2002, hat er für eines der wichtigsten Museen Deutschlands viele Jahre eine bis heute hoch geschätzte Arbeit geleistet.

Für alle Biologiestudenten, die seine Lehrveranstaltungen besuchten, werden seine temporeichen Vorlesungen unvergessen bleiben, in denen er mit verschiedenen Kreidefarben die Organsysteme der Würmer, Weichtiere, Krebstiere und Insekten an die Tafel zeichnete und kaum jemand die Chance hatte, auch nur annähernd mit dem Schreiben hinterher zu kommen. Wir erinnern uns an manche verzweifelte Prüfungsvorbereitungen, wo wir feststellen mussten, dass die eine oder andere Tiergruppe gar nicht behandelt wurde, weil E.A. – wie er von Kollegen und Studenten mit Respekt genannt wurde – einfach so unendlich viel Faszinierendes schon über Einzeller und Nesseltiere zu erzählen wusste, die am Anfang der Vorlesung behandelt wurden, sodass für andere Tiergruppen später die Zeit dann einfach fehlte.

Viele naturverbundene Menschen werden Herrn Arndt auch als Autor populärwissenschaftlicher Bücher kennen. Über diese ließ er Nicht-Biologen teilhaben an seiner Leidenschaft für die Lebensgemeinschaften zwischen Düne und Meeresgrund sowie für die Tiere der Ostsee.

Herr Arndt hat immer beklagt, dass es in den letzten Jahren seiner Berufstätigkeit an der Universität nicht mehr gestattet war, als Meeresbiologe die Weltmeere zu erforschen. So musste er sich auf die Ostsee konzentrieren, um mit Hilfe von Wattsohlen vor allem Gemeinschaften und Tiere der ufernahen Gebiete zu erforschen. Er selbst bezeichnete es als ‚Wattstiefel-Forschung‘. Wir denken heute oft daran, wenn wir mangels knapper finanzieller Ressourcen auf eben diese Methode zurückgreifen müssen und dabei dennoch interessante Phänomene und neue Tierarten entdecken. Oft hat er uns geraten, lebende Tiere aufmerksam unter dem Mikroskop zu beobachten, weil man ihre Biologie nur so richtig begreifen könne. Auch da hatte er Recht, und wir geben diese Anregung jetzt an neue Studentengenerationen weiter.

Professor Arndt war jedoch nicht nur ein begeisterter Meeresbiologe und Hochschullehrer. Sport war ihm nicht nur ein Bedürfnis, sondern auch eine große Leidenschaft. Er spielte jahrelang Feldhockey und gewann 1952 mit der BSG Einheit Rostock die DDR-Meisterschaft. Er spielte darüber hinaus leidenschaftlich Volleyball und Tischtennis (und ließ als ‚Alter Herr‘ manch jungen Biologen alt aussehen).

Die Biologen der Universität Rostock und seine ehemaligen Studenten der Zoologie und Meeresbiologie werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Andreas Bick, Sabine Fulda

Quellen

[1] Eintrag von "Ernst-Albert Arndt" im Catalogus Professorum Rostochiensium, URL: http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00001200

[2] E.-A. Arndt: 50 Jahre Biologie an der Universität Rostock (1945-1995) - Anpassen und Überleben während und nach der 3. Hochschulreform. Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) Dannenberg, 2003

[3] E.-A. Arndt: Zeitzeugenbericht am 24. November 2006. In: Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 1, Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1; Universitätsdruckerei Rostock, 2007, S. 140-162.

[4] G. Schlungbaum, U. Schiewer: Prof. Dr. rer. nat. habil. Ernst Albert Arndt zum 70. Geburtstag. In: Rostocker Meeresbiologische Beiträge, Heft 5, 1997, S. 5-8.

Am 6.10.2014 fand eine **Gedenkveranstaltung für Prof. Dr. Peter Kauffold** statt, der am 28.4.2014 im Alter von 76 Jahren gestorben ist. Rektor Prof. Dr. Wolfgang Schareck würdigte die Verdienste des Verstorbenen als besonderen Förderer der Universität.

Prof. Kauffold war von 1998-2002 Bildungsminister in Mecklenburg-Vorpommern und langjähriges Mitglied der Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock.

Am 10.11.2014 war die gemeinsame Verwaltungsausschusssitzung und Mitgliederversammlung der **Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock e.V.** Der Rektor, Prof. Dr. Wolfgang Schareck, gab einen Bericht zur Lage an der Universität: Das renovierte Hauptgebäude der Universität findet großes Interesse bei der Bevölkerung. Zahlreiche Führungen bestätigen dies. Auf dem Campus in der Ulmenstraße ist für ca. 67 Mio Euro ein Gebäude für die Philosophische Fakultät, einschließlich Bibliothek und Mensa, geplant. Zum 600jährigen Jubiläum der Universität sind mehrere wissenschaftliche Konferenzen und zwei große Ausstellungen vorgesehen. Das Thema „Alumni“ soll mit Bildung einer Arbeitsgruppe neu aufgegriffen werden.

Die diesjährigen **Rostocker Kempowski-Tage** wurden am 20. Oktober 2014 in der Aula der Universität Rostock eröffnet mit einem Gespräch über das zum 85. Geburtstag von Walter Kempowski posthum erschienene Buch mit dem Titel „Plankton“. In diesem Buch stellte seine Mitarbeiterin Simone Neteler die von ihm in über fünfzig Jahren gesammelten Informationen nach seinen Vorgaben zusammen. Dieses Buch kann nun als eine Art Chronik seiner Erinnerungen dienen.

Das Sammeln und Bewahren von Erinnerungen war für Walter Kempowski ein zentrales Motiv seiner Arbeit. Sein Lebenswerk ruht auf Erzählungen und Gedächtnisbildern. „Plankton fischen“ nannte er das Zusammentragen dieser „Erinnerungskristalle“.

Nachrufe

Ernst-Albert Arndt ist am 13. Februar 2014 verstorben.

Als der VERS nach dem Ende der SED-Herrschaft erstmals im Frühjahr 1990 die Universität Rostock, seine geistige Heimat, aufsuchte war es Ernst-Albert Arndt, der bereit war, Verantwortung zu übernehmen und mitzuarbeiten. Das oft verwendete Zitat „Nun wächst zusammen, was zusammen gehört“ wurde in die Tat umgesetzt. Unter seiner maßgeblichen Beteiligung wurde die Sektion Rostock des VERS gegründet, die vor Ort die Verbindung zur Universität und den verschiedenen Institutionen des neuen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern aufbaute. Damit war der VERS am authentischen Ort vertreten. All diese Anfänge waren mit großen Schwierigkeiten belastet. Häufig fanden die Zusammenkünfte in der häuslichen Wohnung statt, und stets war seine Frau Doris ihm eine wichtige Hilfe. Der Erfolg stellte sich ein; die ehemaligen Kommilitonen aus Ost und West konnten wieder zusammengeführt werden, und neue Freunde kamen hinzu. Bereits im Herbst 1991 konnte die erste VERS-Tagung in Graal-Müritz durchgeführt werden. So entstand eine feste, ständige Einrichtung: die Herbst-Treffen des VERS in Mecklenburg-Vorpommern, die er über viele Jahre organisierte und leitete. Vielen sind die zahlreichen Treffen in Waren, Güstrow, Wismar und dann in Kühlungsborn - um nur einige zu nennen – in bester Erinnerung. Als Anerkennung dieser Verdienste hat die VERS-Hauptversammlung Ernst-Albert Arndt im Jahr 2011 die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Nun hat der VERS einen seiner besten Freunde verloren, der sich um die Gemeinschaft verdient gemacht hat. Wir alle werden ihn sehr vermissen, doch seine freundliche, stets offene Persönlichkeit wird uns in unvergesslicher Erinnerung bleiben.

Peter Moeller

Sigrid Klemmer ist am 19. März 2014 verstorben.

Geboren wurde sie als Sigrid Rohlack am 18. April 1930 in Schwerin. Dort besuchte sie auch das Lyzeum und nach Kriegsende die Oberschule für Mädchen. Bereits damals zeigte sich ihr großes Interesse für Musik. So sang sie in dem seinerzeit sehr bekannten Schweriner Jugendchor. Nach dem Abitur gelang es ihr, in Rostock ein Biologiestudium zu beginnen. Auch dort sang sie in einer kleinen Singegruppe, die sich aus Schweriner Studenten gebildet hatte, zu der unter anderen auch die VERSler Manfred Kaminsky und der Autor gehörten. Während der Verhaftungswelle 1951/1952 an der Rostocker Universität bekam Sigi einen Hinweis, der sich später als sehr begründet erwies, dass sie gefährdet sei. Ohne Abschluss flüchtete sie über das damals noch nicht eingemauerte West-Berlin. In Frankfurt angekommen gelang es ihr, wenn auch unter großen finanziellen Schwierigkeiten, ihr Studium fortzusetzen und 1956 mit der Promotion abzuschließen. In der berühmten Senckenberg Stiftung fand sie eine Anstellung. Sie lernte ihren späteren Ehemann Dr. Konrad Klemmer kennen. Nach der Geburt von zwei Söhnen widmete sie sich vorübergehend ganz der Familie. Danach absolvierte sie noch ein zweites Studium als Lehramtskandidatin für Biologie mit den Nebenfächern Chemie und Physik. In diesem Beruf fand sie die Erfüllung ihrer beruflichen Interessen und Fähigkeiten. Sie war gleichermaßen Naturwissenschaftlerin wie auch Pädagogin. Gern berichtete sie darüber, welche Freude und Anerkennung ihr der Umgang mit den Jugendlichen bereitete. Bei aller Hingabe an den Beruf fand sie doch immer Zeit für ihr Hobby, die Musik. In ihrem Haus pflegte sie die Kammermusik. Im VERS gehört sie zur Gründergeneration. Sie war stets sehr interessiert, wie sich auch an ihren lebhaften Diskussionsbeiträgen zeigte. Zudem trug sie als Violaspielerin dazu bei, dass das abendliche Kulturprogramm auch musikalisch bereichert wurde.

Wir haben einen liebenswürdigen Menschen verloren, der uns ein Beispiel gegeben hat, wie man auf einem zeittypischen schweren Lebensweg ein erfülltes Leben führen kann und dabei seine natürliche Freundlichkeit bewahren kann. Sigrid Klemmer wird uns in liebenswerter Erinnerung erhalten bleiben.

Joachim Völter

Elsbeth „Ebbi“ Popp ist am 26. April 2014 gestorben.

Geboren wurde sie als Elsbeth Wraske am 30. März 1925 in Rostock. Aufgewachsen ist sie in Güstrow, wo sie 1943 das Abitur bestand. Dem 1944 in Rostock begonnenen Studium machte der Krieg sehr schnell ein Ende. Nach dem Kriegsende und der Wiedereröffnung der Rostocker Universität konnte sie ihr Studium wieder aufnehmen. Doch bald griff die neue Diktatur in ihr Leben ein: Am 11.4.1950 wurde sie wegen angeblicher Spionage verhaftet und von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 20 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Es folgten fast vier lange Jahre im DDR-Zuchthaus Waldheim. Ihre gesammelten Briefe aus dieser Zeit hat sie bereits vor Jahren dem VERS übergeben, ebenso einige während der Haftzeit verfassten Gedichte. Wir werden sie als persönliche Erinnerungen und wertvolle Zeitdokumente bewahren.

Nach der Haftentlassung suchte sie sehr schnell den Weg in die Bundesrepublik, wo sie in Freiburg das Studium abschließen konnte. Es folgten Ehe, Familie und ein verspäteter Eintritt in den Schuldienst. Nach der Pensionierung als Oberstudienrätin zog sie vom nordbadischen Bretten nach Kiel, so wollte sie näher an die Heimat rücken, denn dort verstand sie die Leute einfach besser.

Ein Stück Heimat hat Ebbi Popp aber bereits in den frühen 60er Jahren im VERS gefunden, wo sie die Freunde aus der Rostocker Studienzeit wieder traf. Sie war mit dem VERS verwachsen und hat viele Jahre, bis 2007 dem Vorstand angehört. Für diese langjährigen Verdienste ist ihr die Ehrenmitgliedschaft des VERS verliehen worden.

Mit Anteilnahme und Trauer haben wir uns in tiefer Dankbarkeit von Ebbi Popp verabschieden müssen – vergessen werden wir sie niemals.

Peter Moeller

Fred Schwirzke ist am 3. Oktober 2014 gestorben.

Die traurige Nachricht erreichte uns während des VERS-Treffens in Kühlungsborn. In einer Gedenkminute haben wir uns an einen guten, treuen Freund erinnert.

Vielleicht war der 18. Oktober 1951 das entscheidende Datum seines Lebens. Das war der Tag, an dem Fred Schwirzke in der Mensa der Universität Rostock die Stasi in die Irre führte und so seinem Freund Karl-Richard (Tüt) Appel die Freiheit rettete. Für ihn hieß das natürlich, Rostock auf dem schnellsten Weg in Richtung Berlin zu verlassen. Er war ein Sonntagskind, und so war das Glück an seiner Seite.

Geboren ist Fred Schwirzke am 21. August 1927 in Schwiebus in der Neumark, dem östlich der Oder gelegenen Teil der damaligen Provinz Brandenburg. In den Wirren des Jahres 1945 war er auf der Suche nach seiner Familie in Ludwigslust gelandet. Dort konnte er dann auch seine Schulzeit beenden und 1947 in Rostock sein Studium aufnehmen.

Nach der Flucht aus Rostock setzte er in Karlsruhe sein Physik-Studium fort und schloss es dort mit der Promotion ab. Danach folgten drei Jahre am Max-Planck-Institut in München unter Werner Heisenberg. In der Absicht, ein Jahr zu bleiben, ging er 1962 nach Kalifornien. Es wurde die Zeit seines Lebens. Doch seinen alten Freunden aus der Rostocker Zeit blieb er treu. So kam er auch zum VERS.

Die Treffen auf dem Heiligenhof in Bad Kissingen waren für ihn ein festes Datum. Es war immer ein fröhliches Wiedersehen, und in dieser Erinnerung wird uns Fred Schwirzke auch für alle Zeit unvergessen bleiben.

Peter Moeller

Buchempfehlungen

Stasi und Studentengemeinde - Überwachung der katholischen Studentengemeinde in Rostock durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR von 1960 bis 1970

Peter Uebachs

Kommentierte Dokumentation von Akten aus Archiven des BStU.
Gefördert durch die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen M-V.
Heinrich-Theissing-Institut Schwerin 2014, 284 Seiten, DIN-A-4-Format,
broschiert, mit vielen Fotos und Dokumenten. Schutzgebühr 10 Euro,
ISBN: 978-3-9814985-2-3

Bezugsmöglichkeit im Fachhandel oder direkt unter
Heinrich-Theissing-Institut, Lankower Str. 14-16, 19057 Schwerin
E-Mail: kontakt(at)hti-schwerin.de
Tel: 0385 - 4897037, Fax: 0385 - 5558045

Der Band enthält die Berichte der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) über die Aktivitäten der katholischen Studentengemeinde (KSG) Rostock und die Treffberichte der Führungsoffiziere aus den Beständen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU). Sie sind z.T. handschriftlich als Faksimile wiedergegeben, was die Lesbarkeit gelegentlich erschwert.

Die beiden Kirchen waren die einzigen von der SED weitgehend unabhängigen Institutionen in der DDR. So waren sie - und ihr Nachwuchs, die Studentengemeinden - zwangsläufig Ausspähoobjekte des MfS; die evangelische Studentengemeinde stand dabei im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Junge Gemeinde zunächst im Vordergrund. Die Studentengemeinden waren für ihre Mitglieder als geistige Orientierung von unersetzlichem Wert. Es ist erschreckend, dass die Spitzel (z.T. eingeschleuste) Mitglieder der KSG waren, wie aus einer Reihe von zitierten Verpflichtungserklärungen hervorgeht. Die Motive bleiben im Dunkel; auch wenn meistens formelhaft „der Kampf gegen alle Feinde der DDR“ angegeben ist.

Ihre Berichte sind eine beklemmende Lektüre; sie belegen die dichte Überwachungspraxis und die perfiden Zersetzungsabsichten des MfS. Viele junge Menschen wurden gebrochen und ihrer Zukunftsperspektiven beraubt. Überraschenderweise lösten die spektakulären politischen Ereignisse in der Berichtszeit - der Mauerbau 1961; der Prager Frühling 1968 - kaum Reaktionen aus. Unendlich viel nebensächlicher Kleinkram findet sich, aus dem aber mosaikartig Informationen über die KSG zusammengesetzt werden konnten. Nebenbei entsteht so ein Bild des Gemeindelebens der KSG in Rostock, das weniger von lokalen Vorgängen als von den Problemen der Kirche im Sozialismus und der Weltkirche geprägt war. Bemerkenswert sind dabei die ökumenischen Bemühungen, wie eine Reihe gemeinsamer Veranstaltungen mit der evangelischen Studentengemeinde.

Der Band erhellt an dem gesonderten Objekt KSG die Arbeitsweise des MfS von der Rekrutierung der Spitzel, ihrer Führung durch psychologisch geschulte Offiziere bis zur Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse.

(jus)

Landgang – Ein Briefwechsel

Stefan Berg, Günter de Bruyn

S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2014, 144 Seiten, gebunden.
17,99 Euro, ISBN 987-3-10-000156-6

Ein 17-jähriger Schüler aus Berlin-Mitte, Stefan Berg, schreibt 1982 einen Brief an den bekannten Schriftsteller Günter de Bruyn, der bei einem „Friedensgespräch“ in Ost-Berlin, an dem 88 Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler auch aus dem Westen teilnehmen, von der DDR-Führung öffentlich die Zulassung einer Friedensbewegung im eigenen Land und die Einrichtung eines zivilen Friedensdienstes als Alternative zum Wehrdienst gefordert hatte. Dieser Brief ist anders als die üblichen Zuschriften, er zeigt ein ungewöhnliches Vertrauen gegenüber dem Empfänger. So entsteht ein Schriftwechsel, den beide über zwei Jahre führen und in dem Stefan Berg aus seiner Wehrdienstzeit als Bausoldat in Saßnitz sich dem Schriftsteller anvertraut. Es geht um Politik und Literatur sowie zentral um das Leben als Bausoldat. Die Briefe des Schriftstellers werden für Stefan Berg Überlebensnahrung, geben ihm Kraft, in der Armee durchzuhalten und nicht an allgegenwärtigen Schikanen zu verzweifeln. Wie zu erwarten, klinkt die Stasi sich irgendwann ein, was

die BStU-Unterlagen beweisen. Da findet sich u.a. ein Bericht über einen Kulturabend, auf dem Rilke-Gedichte vorgetragen werden. In seiner ganzen Banalität erklärt der Informant mit einer Abschrift aus *Meyers neuem Lexikon* zunächst, wer Rilke ist! Was heute lächerlich scheint, war damals leider bitterer Ernst. Stefan Berg bleibt im Visier der Stasi, und alle Berufswünsche sind ihm verschlossen. Günter de Bruyn schreibt in seinem Nachwort, dass die Begegnung mit Stefan Berg zwar nur eine Randerscheinung in jenen Jahren war, die ihm aber doch in Erinnerung geblieben ist. „Mein Auftritt beim Friedensgespräch wäre mir nachträglich als völlig sinnlos erschienen, hätte mir Stefan Berg nicht brieflich bescheinigt, dass ich mit ihm doch wenigstens einen Menschen ein wenig hilfreich geworden war.“

Heute liegt dieser Briefwechsel als ein Dokument, das die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit in einer Diktatur spürbar und erlebbar macht, im Deutschen Literaturarchiv in Marbach. Es ist ein kleines, aber sehr lesenswertes Buch. (moe)

Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur - Die wirtschaftliche und politische Dimension

Christian Sachse

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014; broschiert, 498 Seiten;
19,90 Euro; ISBN 978-3-86583-884-1

Die Veröffentlichung ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes im Auftrag der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, UOKG.

Man darf es ganz sicher als ein Standardwerk im Kanon der DDR-Aufarbeitungsliteratur betrachten, was hier nach jahrelanger Forschungsarbeit vorgelegt worden ist. Unverständlicherweise dauerte es 25 Jahre, bis das Thema *Zwangsarbeit in den DDR-Haftanstalten* öffentliches Interesse erlangte. Es waren die Pressemeldungen über den schwedischen IKEA-Konzern, die den Anstoß gaben.

Mit der gebührenden Gründlichkeit belegt der Autor das gesamte System der Zwangsarbeit im SED-Staat, an dem nicht nur die obersten Etagen des Parteiapparates und der Ministerien verantwortlich waren, sondern ebenso große und kleine Wirtschaftsfunktionäre vom Kombinatdirektor

bis zum Brigadier. Das umfangreiche Belegmaterial zu Hintergründen und Auswirkungen der Zwangsarbeit wird durch persönliche Berichte von ehemaligen politischen Gefangenen ergänzt. Christian Sachse setzt sich auch mit dem Begriff „Zwangsarbeit“ auseinander. Natürlich hat Zwangsarbeit viele Erscheinungsformen: So wurde im sowjetischen Gulag das „Menschenmaterial“ auf Verschleiß gefahren. Man veranschlagte die „Nutzbarkeitsdauer“ auf zehn Jahre, da ständig für „Nachschub“ gesorgt war, sollte das System funktionieren. Anders in der DDR; dort war das Arbeitspotenzial der Strafgefangenen eine echte Planungsgröße. Mindestens 600 Betriebe – ausländische, westdeutsche und DDR-eigene – waren daran beteiligt. Vom bezahlten Lohn schöpfte die DDR den Löwenanteil ab. Die körperlich schlechte Verfassung der Gefangenen und die teilweise extrem schlechten Arbeitsbedingungen führten zu hohen Unfallzahlen, was sich auf die Effektivität auswirkte. Der Autor zeigt auch, wie sich das Zwangsarbeitssystem im Laufe der DDR-Existenz entwickelt hat. In den ersten Jahren galt Arbeit in den DDR-Zuchthäusern als Vergünstigung und Arbeitsentzug somit als Strafe. Die Angst vor dem Rückfall in das eintönige Zellendasein setzte den Gefangenen so ebenfalls in eine Zwangssituation. Im Laufe der Jahre perfektionierte die DDR das System der Ausbeutung ihrer Strafgefangenen. Höchste Stellen der SED überwachten und steuerten schließlich das System. Insbesondere beeinflusste das ZK der SED aus wirtschaftlichen Motiven die Gefangenenquote, sodass die im Plan vorgesehene Zahl von Gefangenen mit der nötigen Intensität der Strafverfolgung korrespondierte.

Ein Erfolg war dem Buch bereits bei seiner Präsentation beschieden: Der Vorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, regte einen Runden Tisch an, an dem Politik, Unternehmen und Betroffene beraten sollten, wie den Opfern der hier dokumentierten massiven Menschenrechtsverletzungen geholfen werden kann. (moe)

Herr Hübner und die sibirische Nachtigall

Susanne Schädlich

Droemer Verlag, München 2014, 235 Seiten, gebunden. 19,99 Euro
ISBN 987-3-426-19975-6

Es ist die Geschichte von zwei Menschen oder mindestens ein wesentlicher Teil ihrer Biographie, die sich völlig fremd sind, aber das gleiche Schicksal erleiden. Die kommunistische Diktatur raubte ihnen viele Lebensjahre.

Begegnet sind sich beide in Dresden, im NKWD-Gefängnis in der Bautzner Straße. Gesehen haben sie sich nie. Eine Wand trennte sie, und durch Klopfzeichen erfuhren sie von einander: Mara Jakisch und Dietrich Hübner. Sie, eine bekannte, lebenslustige Operettensängerin in den 30er Jahren und er, ein engagierter, junger Liberaldemokrat, der seit 1946 in der LDP in Dresden aktiv war. Sie war zufällig in Berlin mit Freunden zusammengekommen, die offenbar Kontakte zu amerikanischen Dienststellen hatten. Er hatte Parteifreunden, so auch Wolfgang Mischnik, zur Flucht in den Westen verholfen und war dabei seinem Vorgesetzten, einem bekannten Parteifunktionär, in die Falle gegangen.

Susanne Schädlich beschreibt den Weg dieser beiden Menschen. Mara Jakisch wird im Januar 1947 verhaftet und nach zwei Jahren Untersuchungshaft zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Ein langer, bitterer Weg führt sie bis zum Herbst 1955 durch die Lager Sibiriens. Danach kann der Westen ihr nicht Heimat werden. Es gibt keine Brücken mehr in die Vergangenheit, und die Gegenwart bleibt leer.

Auch Dietrich Hübner wird von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Er landet im sowjetischen Speziallager Nr.4, im „Gelben Elend“ in Bautzen. Dort erlebt er den Aufstand der Gefangenen, die - dem Hungertod nahe - im März 1950 ihre Not aus den Fenstern in die Stadt schreien und von der Deutschen Volkspolizei zusammengeknüppelt werden. Seine nächste Station ist das Zuchthaus Brandenburg-Görden - sie nennen es den gläsernen Sarg - und das hatte seinen Grund. Es dauert bis August 1964 bis man ihn nach 16 (!) Jahren Haft für 40.000 Deutsche Mark an den Westen verkauft. Auch er kommt als Fremder in ein fremdes Land. Wer versteht ihn? Ein führender Bundespolitiker – im Buch ist er mit Namen genannt – erklärt ihm, wenn er sich formell mit der Stasi arrangiert hätte, wäre er früher herausgekommen, und die Sache wäre erledigt gewesen.

Susanne Schädlich gelingt es, diese menschlichen Schicksale nicht nur eindrucksvoll zu schildern, sondern sie macht sie miterlebbar und nachfühlbar. Sie zeigt, wie ein inhumanes System Menschen an den Rand der Existenz bringt, und wie diese Menschen trotzdem ihre Würde bewahren. Wer das System kennen gelernt hat, wird sich selbst wiederfinden in diesem Buch; wer es nicht kennen lernen musste, sollte es deshalb lesen. (moe)

Die Universitäten der DDR und der Mauerbau 1961

Anita Krätzner

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014, 307 Seiten, gebunden, mehrere Abbildungen, sehr umfangreiches Literaturverzeichnis
44 Euro, ISBN 978-3-86583-808-7

Das Buch ist aus der Dissertation der Autorin hervorgegangen, die unter der Anleitung von Prof. Dr. Werner Müller, Philosophische Fakultät der Universität Rostock, angefertigt wurde.

In einem weit gefassten Rahmen wird der Frage nachgegangen, wie die Universitäten der DDR mit der einschneidenden Zäsur umgegangen sind, die durch die absolute Grenzschießung am 13. August 1961 entstanden war. Einführend wird die Lage an den Universitäten von der Zweiten Hochschulreform 1951 bis zum Jahr 1961 beschrieben. Dabei erfolgt auch ein Rückblick auf die stalinistische Phase mit den berüchtigten Verhaftungswellen durch die Sowjets und die Staatssicherheit der DDR. Hier wird allerdings weitgehend auf die Aufarbeitungsliteratur verwiesen. Sehr deutlich wird hingegen im Kapitel „Vorgaben für die Universitäten nach dem Mauerbau“ dargelegt, wie die Militarisierung mit dem „Kampfauftrag der FDJ“ einsetzte und die Repressionen auf die gesamte Universität massiv zunahm. Im großen, zentralen Kapitel „Die Reaktionen an den Universitäten“ werden die Vorgänge an jeder der sieben Universitäten der DDR sehr gut untersucht, wobei auch deutlich auf persönliche Auseinandersetzungen einzelner Universitätsangehöriger mit der Partei eingegangen wird. Von besonderem Interesse sind diese Ergebnisse für die Untersuchungen an der Universität Rostock, wo sowohl Studenten als auch Lehrende in die Auseinandersetzungen mit der Partei und der FDJ gerieten. Hier bildeten offenbar die Medizinische, die Schiffbautechnische und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät besondere Schwerpunkte.

Zusammenfassend kommt die Autorin zu dem Schluss, dass die Frage, ob die Universitäten 1961 in der DDR nach dem Willen der SED funktionierten, sich eindeutig mit Nein beantworten lässt. Die herrschende Partei versuchte zwar ihren Einfluss mit aller Macht geltend zu machen und in allen Entscheidungsgremien der Universitäten das Sagen zu haben, aber die Verwirklichung dieser Absichten gelang – zumindest zu diesem Zeitpunkt – nur zum Teil.

Mit dieser Arbeit ist für einen herausragenden Abschnitt in der Nachkriegsgeschichte der ostdeutschen Universitäten ein wesentlicher Beitrag erbracht, der speziell für die Universität Rostock eine wertvolle Ergänzung der Aufarbeitungsliteratur darstellt. (moe)

Die Blockparteien der DDR – Kontinuitäten und Transformation 1945-1990

Christoph Wunnicke

Band 34, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Berlin 2014, 157 Seiten, broschiert.

Bezugsadresse: LStU-Berlin, Scharrenstr.17, 10178 Berlin (unter Beilage von 1,- Euro als Porto)

Die Geschichte der Blockparteien in der SBZ/DDR ist bisher eigentlich nur für die CDU und die LDP in den ersten Jahren annähernd erforscht. Über die Vorgänge in der Endphase ihrer Existenzen ist bisher wenig publiziert worden. Für die NDPD und die Bauernpartei gilt das durchgehend. In dem vorliegenden Text versucht der Autor auf der Grundlage vorgefundener Forschungsergebnisse und teilweise unveröffentlichter Quellen die Transformation der vier Blockparteien anhand ihrer teilweise kaum bekannten Vorsitzenden skizzenhaft nachzuvollziehen. Mit dieser Betrachtungsweise gelingt ein breites und aussagestarkes Spektrum, das die Entwicklung der Blockparteien deutlich macht. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Gründungs- und Endphase der jeweiligen Parteien. Exemplarisch wird so der Weg der LDP deutlich durch den Vergleich der Porträts von Waldemar Koch und Wilhelm Külz mit Hermann Kastner und Karl Hamann sowie mit Manfred Gerlach und Rainer Ortleb. Ebenso wie in der LDP setzten sich in der CDU jüngere, von der SED gestützte Kader gegen alte und junge bürgerliche Kader mit „reaktionären“ Ansich-

ten durch. Die Gegenüberstellung von Arno Esch mit Manfred Gerlach - beide Jahrgang 1928 - wird dafür beispielhaft angeführt.

Sehr gut spiegeln sich in diesen Porträts auch die dramatischen Vorgänge innerhalb von CDU und LDPD im Herbst '89 und Anfang '90 wider. Gerald Götting hatte über mehr als 20 Jahre der CDU vorgestanden und sie zum absoluten Vasallen der SED gemacht. Jetzt war seine Zeit abgelaufen. Mindestens ebenso dramatisch verlief der Umbruch in der LDPD. Manfred Gerlach hatte über Jahrzehnte den Führungsanspruch der SED vertreten. „Die LDPD müsse ihre Politik an der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse orientieren.“ Im Februar 1990 übernahm Rainer Ortleb den Vorsitz der Partei und führte sie in die FDP. Seine Verstrickungen in der Vergangenheit – die der Text sehr deutlich macht – haften ihm jedoch an. Aus heutiger Sicht muss seine Rede am 28. Februar 1990 in der Aula der Universität Rostock als Beleidigung empfunden werden, als er Arno Esch als Weltbürger und Liberaldemokrat feierte. Jahre zuvor war er auf dem LDP-Parteitag in NVA-Uniform aufgetreten, auf die er voller Stolz verwies.

Der Umfang der Broschüre gestattet keine erschöpfende Behandlung des Themas, aber in seiner fundierten Aussage wird ein außerordentlich lesenswerter Text vorgelegt, der besonders bei denen, die persönliche Erinnerungen an die Frühzeit und die Entwicklung der ehemals bürgerlichen Parteien in der SBZ/DDR haben, auf großes Interesse stoßen wird.

(moe)

Die Armee der namenlosen Revolutionäre. Russland 1905.

Michel Matveev

Weidle Verlag, Bonn 2014, 129 Seiten, Paperback. Übersetzung aus dem Französischen und mit einem Nachwort von Rudolf von Bitter
16,90 Euro, ISBN 978-3-938803-63-9

Es ist der Zeugenbericht von Joseph Constant, den er unter dem Pseudonym Michel Matveev mehr als 20 Jahre nach der ersten russischen Revolution geschrieben hat. Unter dem Titel „*Les Hommes du 1905 russe*“ erschien 1929 in Paris die Erstausgabe. Heute ist das Buch vergessen. In diesem Bericht wird keineswegs die Chronologie der Ereignisse um diese frühe russische Revolution nachgezeichnet, sondern - wie in einem Zeugenbericht - gibt der Autor einen unmittelbaren Eindruck

über das Leben der Erniedrigten und Beleidigten im zaristischen Russland. Die Not und die Armut sind schier unvorstellbar, doch die Menschen ertragen sie als von Gott gegeben und unabwendbar. Aber einige gehen voran und erklären den hoffnungslosen Bauern, Arbeitern, Soldaten, Studenten, Gefangenen ihr eigenes Elend; sie machen ihnen Hoffnung. So werden aus den Unwissenden neue Aufklärer, und die Armee der namenlosen Revolutionäre breitet sich über das Riesenreich aus. Entsprechend beginnt der Bericht mit den Zeilen: *„Die russische Revolution von 1905 hat überall gleichzeitig angefangen, von Wladiwostok bis Sewastopol.“* Diese Revolution ist noch die der Betroffenen, die schließlich den Zaren zur Errichtung eines Parlaments zwingt. Erst nach dem Scheitern treten die Berufsrevolutionäre auf den Plan, die mit der Schaffung einer bolschewistischen Kaderpartei die Macht und Deutungshoheit an sich reißen und den Weg der Revolution bestimmen.

Das Buch lässt uns die russische Revolution von 1905, über die es kaum deutschsprachige Literatur gibt, wenn auch nicht in ihren Abläufen nachvollziehen, so aber doch nachempfinden. Eine seltene Gelegenheit!

(moe)

Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989

Jan Philipp Wölbern

Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) - Band 038

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014, 563 Seiten mit 34 Abbildungen, 6 Tabellen und 2 Diagrammen, gebunden. 39,99 Euro

ISBN 987-3-525-35079-9

„... Was soll der denn hier sitzen, und frisst hier bei uns! Warum sollen wir den nicht wegjagen? ... wir [sind] natürlich keine Dummköpfe und lassen unsere Gefängnisse voll mit irgendwelchen Schmarotzern, die wir sowieso nicht brauchen.“

Erich Mielke, 12.2.1987

Viel wusste die Öffentlichkeit während der deutschen Teilung nicht von dem Geschäft, das hinter geschlossenen Türen zwischen Ost und West ablief. Es war ein schmutziges Geschäft mit Lösegelderpressern, was aber durch die gesamtdeutsche Verpflichtung der Bundesrepublik ge-

rechtfertigt war. Das jetzt vorliegende, bestens recherchierte Buch, das aus der Dissertation des Autors unter der Anleitung von Prof. Martin Sabrow an der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam hervorgegangen ist, bringt weitgehend Klarheit in diese Abläufe.

Es begann im Februar 1962 auf der Glienicker Brücke zwischen West-Berlin und Potsdam mit dem Austausch des KGB-Agenten Rudolf Abel gegen den US-Piloten Gary Powers, der als CIA-Spion über der Sowjetunion abgeschossen worden war. In den folgenden drei Jahrzehnten entwickelte sich daraus eine besondere Form von Menschenhandel. Insgesamt wurden von 1962/63 bis Anfang 1990 etwa 33.000 Häftlinge aus den DDR-Haftanstalten freigekauft, dazu kamen 215.000 Familienangehörige und von ihren Eltern getrennte Kinder sowie Ausreisewillige. Als Gegenleistung erhielt die DDR Waren im Werte von 3,4 Mrd. Westmark. Das war nach den Transitgebühren die lukrativste Einnahmequelle der DDR.

Dem Autor ist es hervorragend gelungen aus einer schwierig zu erschließenden Quellenlage den komplizierten Sachverhalt in einer gut lesbaren Form darzustellen. Er unterscheidet drei Phasen des Häftlingsfreikaufs. In unmittelbarer Folge des Mauerbaus und der völligen Abriegelung erfolgte nach absolut geheimen Verhandlungen der erste Freikauf von acht politischen Häftlingen. Der Preis betrug 200.000 DM. Ab 1964 entwickelte sich aus dieser bisherigen Besonderheit eine Art von Regelmäßigkeit, von der aber durchweg nur so genannte „Langstrafer“, die zu mehr als fünf Jahren verurteilt waren, und jugendliche Fluchthelfer profitierten. Die westdeutsche Seite musste befürchten, dass die DDR-Justiz daraufhin versucht sein könnte, das Strafmaß in ihren Urteilen anzuheben, deshalb wurden später auch Verurteilte mit geringeren Haftstrafen in den Freikauf einbezogen. In dieser Zeit begannen aber auch die Familienzusammenführungen. In der dritten Phase ab 1973 entwickelte sich der Freikauf zu einer routineähnlichen Maßnahme. Der Kopfpriis war inzwischen auf nahezu 100.000 DM gestiegen.

Der materielle Vorteil, den die DDR so erzielen konnte, war nur die eine Seite, denn gleichzeitig entstand eine Sogwirkung auf Ausreisewillige, und mancher Genosse begann an den sozialistischen Grundsätzen zu zweifeln. So geriet die DDR-Führung immer mehr in das Spannungsverhältnis von Herrschaftssicherung und Prinzipienverrat. (moe)

Vorankündigung des Verlags

Auftrag: Menschenraub - Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Susanne Muhle

Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) - Band 042

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 704 Seiten mit 15 Abbildungen und 3 Tabellen, gebunden.

ca. 49,99 Euro, ISBN 978-3-525-35116-1

erscheint Februar 2015

Auf offener Straße brutal überfallen, in vertrauter Umgebung betäubt und entführt oder durch perfide Täuschungen auf DDR-Gebiet gelockt und rechtswidrig festgehalten. Etwa 400 Menschen teilen ein Schicksal: Sie wurden in den 1950er und 1960er Jahren aus der Bundesrepublik und vor allem aus West-Berlin in die DDR verschleppt und dort inhaftiert. Viele kehrten erst nach Wochen, Monaten oder gar Jahren aus der DDR-Haft zurück. Manche verschwanden für immer. Verantwortlich für die Entführungsaktionen war in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das anfangs unter Anleitung des sowjetischen Geheimdienstes agierte.

Es ist ein unbekanntes Kapitel der deutschen Teilungsgeschichte. Auf Grundlage zahlreicher MfS-Akten und bundesdeutscher Unterlagen analysiert die Studie die Mechanismen und Funktion der Entführungspraxis des MfS. In Anlehnung an die Gewalt- und Täterforschung begibt sie sich auf die Spuren der Entführungsoffer und Entführer.

Buchvorstellungen, die in früheren Ausgaben der VERS-Nachrichten erschienen sind, können auf unserer Homepage **www.vers-online.org**/**Das politische Buch/Archiv** nachgelesen werden.

Impressum

Die VERS-Nachrichten erscheinen als internes Mitteilungsblatt für den Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) einmal im Jahr.

© Herausgeber:

Verband Ehemaliger Rostocker Studenten, VERS

Vors.: Dr. Peter Moeller, Fleinsbachstr. 1/1, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Tel. 0711 - 77 67 49, Fax 0711 - 77 77 658

VERS im Internet: <http://www.vers-online.org>

E-Mail: info@vers-online.org

Konto: VERS, Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg,

IBAN: DE56230527501001418463

BIC: NOLADE21RZB

Redaktion: Dr. Peter Moeller

E-Mail: moe.vers@t-online.de

Unter Mitarbeit von

Inge Bennewitz (ibe), Asmus Dowe (ado), Gert Meinl (gme), Angelika Scharnewski (ans), Julius Schoenemann (jus), Peter Uebachs (pue), Joachim Völter (jov), Maria Wolf (muw)

Versand: Dietmar Kausch, Hirschweg 5, 26203 Wardenburg

Tel.0441-502 806, Fax 0441-50 50 591

E-Mail: dietmar.kausch@ewetel.net.

*Die **Mitgliedsbeiträge** können nicht mehr eingezogen werden.
Bitte überweisen Sie deshalb **persönlich** den Jahresbeitrag von
30 Euro auf das Konto*

VERS / IBAN: DE56230527501001418463 / BIC: NOLADE21RZB

Der VERS bedankt sich sehr herzlich bei allen Spendern, die durch ihre finanzielle Unterstützung unsere Arbeit im vergangenen Jahr möglich gemacht haben.

Für eventuell zugedachte Spenden, über die wir uns sehr freuen würden, bedanken wir uns im Voraus. (Konto siehe oben)